Heimat ist ein Paradies

» Wege zur Wiedererlangung unserer Heimat und Rechtsfähigkeit «

EINE ANALYSE UND HANDLUNGSANLEITUNG FÜR MENSCHEN MIT EINEM DRANG ZUR FREIHEIT UND SELBSTVERANTWORTUNG

Auf der Rückseite dieses Heftes, finden Sie ein Urkundenmuster. Mit der Umsetzung und Durchsetzung dieser Urkunde haben Sie bereits den ersten und wichtigsten Schritt zur Wiedererlangung Ihrer Heimat und Rechtsfähigkeit getan.
Warum Sie momentan keine Heimat haben erfahren Sie hier.

GG 146

VERBUNDEN MIT DEM DANK AN ALLE HIER NICHT GENANNTEN AKTIVISTEN DER GELEBTEN SELBSTERMÄCHTIGUNG, IDEENGEBERN, RECHERCHEUREN UND TEXTERN

»Das echte Bild zum Hambacher Fest - zu besichtigen im Historischen Museum der Pfalz Speyer.«

»Die Umdeutungen hier am Beispiel der sogenannten Bundespost«

Betrachtungen zu Schwingungsebenen



zu fortlaufender Sklaverei
nach blutigen Niederlagen
aus Goldener Vergangenheit



in eine goldene Zukunft
mit unendlicher Liebe
auf deutschem Boden

◆ *„Was allgemein als ausgemacht gilt, verdient am meisten untersucht zu werden.“ von Georg Christoph Lichtenberg*





Angela Merkel verlässt das EU Verwaltungsgebäude in Brüssel







Brüssel
- EU Kreuzgebäude ohne Haken -



Denver Airport
- mit Haken -



Denver Airport, Eingangshalle
- NWO Gemäldeausschnitt -

Vorwort und Einleitung

Vorwort und Einleitung

Dieses Heft ist eine sachliche, einfach und verständlich geschriebene Faktensammlung zum Thema „Staatsangehörigkeit“, ihre Bedeutung und die konkreten Auswirkungen auf unser aller Leben. Das hier Dargestellte basiert ausschließlich auf einer Zusammenstellung, Auswertung und Analyse von Rechtstexten und deren Metamorphose. Wir haben dabei bewusst auf Juristendeutsch verzichtet. Auch wenn Sie alles, der leichteren Lesbarkeit wegen, in lateinischen Buchstaben finden werden (die offizielle Schrift des Staates, dem Sie wirklich angehören, ist Fraktur), seien Sie versichert, hier wird Fraktur gesprochen.

Und wie so oft werden Sie erkennen, dass von den bedeutenden Dingen des Lebens oft das Gegenteil von dem wahr ist, als das was Sie vorher dachten. Eben noch wollten Sie mit dem Zeigefinger auf vermeintliche Nazis zeigen, die in Wirklichkeit oft nur Nationale und Wertkonservative sind, aber wie es auch physisch im Moment des erhobenen Zeigefingers ist, 3 Finger zeigen dabei immer zurück und auf einmal sind Sie selbst nazifiziert. Das sind Sie – unbewusst natürlich.

»Aber wollen Sie das?«

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie Aufhellendes zum Thema:

„Deutsche Staatsangehörigkeit“ und Staatsangehörigkeit: „DEUTSCH“, also über etwas, was Sie in Ihren Ausweisen finden, was Sie angeblich sein sollen. Es geht Sie also wirklich persönlich etwas an. In dieser Broschüre werden nur nachprüfbare Fakten und Gesetze präsentiert und keine Rechtsauffassungen. Wir versuchen es trotzdem unterhaltend darzustellen, obwohl Ihnen wahrscheinlich das Lachen vergehen wird.

Sie werden trotzdem feststellen: Recht kann auch recht unterhaltend sein. Wenn man alles auf das Wesentliche fokussiert, ist es sogar sehr einfach und für jeden, der es annehmen möchte, zu verstehen.
Natürlich geben wir auch Anregungen zur Tat, denn wer nur auf bestehende Probleme hinweist, ohne einen Beitrag zu dessen Lösung parat zu haben, ist selbst Teil des Problems.

Wenn Sie es genau wissen wollen, ersetzt nichts die eigene Erfahrung und damit die eigene Tat. Wir empfehlen Ihnen in der Frage der Staatsangehörigkeit z.B. eine kurze Anfrage an Ihr Einwohnermeldeamt mit diesem Inhalt:

„Hiermit stelle ich folgenden Antrag:

1. Teilen Sie mir bitte rechtsverbindlich mit: Wie genau heißt der Staat (als Substantiv bezeichnet) dem Sie und ich angehören.

2. Erbringen Sie mir für diesen Staat Ihre Legitimation als Behörde und Amtsinhaber.

3. Auf diese Bezeichnung stellen Sie mir bitte neue Ausweisdokumente aus, denn den Staat „DEUTSCH“ gibt es offenkundig nicht. Hochachtungsvoll …“

Dies kostet Sie in der Erledigung keine 10 Minuten. Wichtig – äußern Sie in Anschreiben, Anfragen, Anträgen keine eigenen Meinungen und Rechtsauffassungen, damit man Sie nicht von vorn herein in eine bestimmte Ecke schieben kann.

Allein beim Lesen der Antworten auf diese einfachen Fragen kommen Sie vom Glauben ins Wissen. Es ist nie schwer. Die Wahrheit ist immer einfach.

DIE DINGE SIND KOMPLEX, NIE KOMPLIZIERT. WENN SIE KOMPLIZIERT SIND ODER SO ERSCHEINEN, STECKT IMMER DIE ABSICHT DAHINTER, ES PLAUSIBEL ABER SCHWER ERSCHEINEN ZU LASSEN. DAS BETRIFFT ÜBRIGENS ALLE BEREICHE DES LEBENS.

Dieses Thema am Beispiel unserer Staatsangehörigkeit aufzulösen, ist unsere Absicht.

Sie können zusätzlich, wenn Sie diese hier dargestellte Thematik überzeugt hat, etwas Neues und für das System völlig Unerwartetes unternehmen und Ihre Unterschrift auf einer Urkunde in Ihrem Einwohnermeldeamt (Ordnungsamt) oder dem eventuell zuständigen kommunalen Bürgerservice beglaubigen lassen, von der Sie ein Muster am Ende dieses Heftes finden, deren Inhaber Sie selbst werden. Wir versprechen Ihnen hier nichts, wir bringen Ihnen auch nicht Ihre Freiheit, Staatsangehörigkeit, Unabhängigkeit vom Finanzamt etc., was wir Ihnen geben, sind Ideen, Anregungen, Urkundsmuster, Briefe, mit deren Anwendungen Sie unter BRD-Bedingungen besser leben können. Dafür stellen wir aber keinen Antrag mehr, sondern geben eine Erklärung ab.

◆ Zu einem echten Souverän können Sie sich nur selbst ermächtigen, das wird Ihnen von niemanden gegeben. Was wir Ihnen hier aufzeigen, ist die Tatsache, dass Sie im Moment völlig entrechtet, entmachtet, heimatlos und Personal sind, ja eigentlich Sklavenstatus haben. Die Dinge sind so, wie sie sind und auch nicht schlimm, da veränderbar und umkehrbar, wenn man es erkannt hat.

Bedenklich wird es erst, wenn sich, wider besseres Wissen, Menschen weiter als Sklaven oder Personal verhalten, oder aber den Kopf in den Sand steckend, weiter im Sinne der Neuen Weltordnung, als deren Vollstrecker tätig sein werden. Genau am Verhalten zu diesen hier aufgeworfenen Fragen, wird man Menschen, die sich gern als die Retter der Welt aufspielen möchten, künftig unterscheiden können. Wir geben dies nur als einen Hinweis, möchten in keiner Weise missionieren, denn jeder Mensch hat für sein Handeln, entsprechend seines Charakters, seines Weltbildes, seiner Veranlagung auch eine entsprechende Prioritätenliste und das ist völlig o.k. so.

Dieses Heft richtet sich vornehmlich an Menschen, bei denen der Begriff Freiheit ganz oben auf der Prioritätenliste steht. Wir sind überzeugt, dass allein durch diese Handlungsweise die NWO (Neue Weltordnung) richtig Sand ins Getriebe bekommt, wenn nicht gar gestoppt wird. Es geht also um nichts Geringeres. Aber das ist unsere Meinung – nun zu den Fakten.

◆ ◆ ◆

Da in den nachfolgenden Rechtstexten von uns nun schonungslos offenbart werden wird, was die BRD wirklich ist, sei an dieser Stelle ausdrücklich schon vorab festgehalten: Die BRD ist eine NGO, sie ist eine Verwaltungs- und Betreuungsorganisation. Von den diversen Betreuungsorganisationen dieser Welt im Vergleich, ist die BRD im materiellen Bereich nicht die Schlechteste. Goethe stellte einmal fest:

◆ *„Niemand ist hoffnungsloser versklavt als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein. “*
von Johann Wolfgang von Goethe

Deswegen haben wir keine echte Freiheit.
NOCH NICHT! Denn wie es durchdringt, sind viele Sklaven nicht mehr so glücklich.

Wir haben nichts gegen glückliche Sklaven. Wir wollen erst recht kein Feindbild und damit eine Polarisierung bedienen. Nur sollten Sie sich bitte in Zukunft, wenn Sie sich als Sklave und Personal verhalten, bitte darüber klar sein, dass Sie einen Weg zur Verbesserung bereits in der Hand hielten. Denn Menschen und Personen werden gefragt, Personal und Sklaven werden angewiesen. Das ist überall auf der Welt so und völlig in Ordnung.



Wenn Sie die am Ende des Heftes schon erprobten Handlungsschritte für sich annehmen wollen, versprechen wir Ihnen, vor allem dann, wenn es viele tun, für sich, ihre

Familie, Ihre Freunde und Ihre Heimat mehr zu erreichen, als mit jeder Petition und Demonstration.

NIEMAND GIBT IHNEN IHRE FREIHEIT. DIESE KÖNNEN SIE SICH IMMER NUR SELBST NEHMEN. UND ZWAR JEDER FÜR SICH, AUCH WENN MAN IN EINER GRUPPE AUFTRITT.

◆ *„Wer seine Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, wird am Ende beides verlieren."*
von Benjamin Franklin

Und das ist gut so. Niemand gibt Ihnen eine Garantie für irgendetwas.

Es ist schon Vieles von uns erprobt und getestet worden und es geht uns alle an.

Steigen wir also ein in die „Geheimnisse" um die Staatsangehörigkeit „DEUTSCH".

Auf vielen Seminaren, Diskussionsrunden zum Thema Rechtslage und BRD bekamen wir immer wieder zu hören:

„Ich weiß nicht, was ich glauben soll, der eine sagt so, der andere so und in den Nachrichten kommt gleich gar nichts zu diesem Thema oder die berühmten Stigmatisierungen: Die, die das sagen, sind Linke oder Rechte oder Nazis oder Anarchos, das ist eine Sekte oder das ist antisemitisch."

Wenn Sie sich auf diese Spielart einlassen, haben Sie immer sofort verloren.
Dieses Spiel beherrschen die Macher des Systems perfekt. These, dann Antithese und weiter zur Synthese. Zu einem Problem hat man nach einer Zeit immer einen Lösungsvorschlag, der von der Masse mangels Alternativen, eigenen Denkens etc. in der Regel immer angenommen wird. Sollte irgendwo unerwartet etwas Wahres hoch kommen, werden die Personen stigmatisiert, das bringt die Menschen ins Gefühl, also nicht in die Mitte, dabei geht es um alles Mögliche, nur nicht mehr um die Sache. Damit sind Menschen besser zu manipulieren und aufeinander zu hetzen.

»DAS ERGEBNIS NENNT MAN DANN GESCHICHTE.«

Nur wird diese auch schon wieder in ihrer Darstellung von den gleichen Leuten interpretiert. Wer hinterfragt eigentlich die angeblichen Fakten?

Wie heißt der Staat, in dem wir leben?
Was sagen die, die es wissen sollten?

Wir empfehlen als Methode, um vom Glauben zum Wissen zu gelangen, erst einmal diejenigen zu fragen, von denen man annehmen sollte, dass sie es wissen müssen.

Zur Frage Staatsangehörigkeit „DEUTSCH" fallen uns als erstes die „Beamten" oder Mitarbeiter des „Einwohnermeldeamtes / Ordnungsamtes" ein, da diese unsere Ausweise herausgeben.

◆ Das setzt somit die Bereitschaft voraus, selbst die aktive Rolle zu übernehmen und ins Handeln zu kommen. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

◆ ◆ ◆

Deswegen veröffentlichen wir zunächst ein paar Antworten dieser Anfragen von Menschen, die diesen Schritt gegangen sind, dies, mit den oben schon empfohlenen oder in ähnlicher

Weise formulierten Fragen an das Einwohnermeldeamt, den Landrat oder das Innenministerium:

(Wie heißt der Staat?, Ihre Legitimation für diesen verbunden mit der Bitte auf einen neuen Ausweis – ganz einfach, sollte man meinen.)

Den ersten Brief geben wir hier einmal vollständig hinein, bei allen weiteren nur die Textantworten. Die Kernaussage als Zitat aus dem ersten Brief lautet:

„Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) stets festgehalten. Aus dem Grundgesetz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt."

LANDKREIS DEMMIN
DER LANDRAT

HAUPTDIENSTGEBÄUDE
Hausanschrift:
Adolf-Pompe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfachanschrift:
Postfach 12 54 ☎ Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: www.landkreis-demmin.de

Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin

Frau
C[redacted] S[redacted]

17153 Stavenhagen

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Ort	Datum
	33.30.20	Demmin	1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau S[redacted],

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENSTELLE ALTENTREPTOW
Brunnenstr. 6 · 17087 Altentreptow · Postfach 15 69 · 17081 Altentreptow
☎ Vermittlung (0 39 61) 2 70-0 · Telefax (0 39 61) 2 70-2 00

AUSSENSTELLE MALCHIN
Fritz-Reuter-Platz 9 · 17139 Malchin · Postfach 12 62 · 17132 Malchin
☎ Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 84 · Jugendamt (0 39 94) 23 98 99 · Telefax (0 39 94) 23 09 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007305
(BLZ 150 502 00)

Dies wiederholt sich auf unterschiedliche Art und Weise in diesen Aussagen:

Sehr geehrter Herr [redacted]

Ihr Schreiben vom 13.07.2009, das im Bezirksamt Lichtenberg am 16.07.2009 eingegangen ist, wurde mir von der Leiterin des Amtes für Bürgerdienste und Wohnen zur Beantwortung übergeben.

Ihrem Schreiben ist zu entnehmen, dass Sie die Staatsangehörigkeit der „Bundesrepublik Deutschland" beantragen wollen.
Von der Begrifflichkeit her gibt es keine „Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland", sondern nur die „deutsche Staatsangehörigkeit".

Zur Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde 1913 das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) erlassen. Danach war Deutscher (im Sinne von „Reichsangehöriger"), wer die Staatsangehörigkeit eines (deutschen) Bundesstaates (das Deutsche Kaiserreich ab 1871 war verfassungsrechtlich ein Bundesstaat) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besaß.
Erst im Jahre 1934 wurde die Unterscheidung zwischen Staats- und Reichsangehörigkeit aufgegeben; es gab danach nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit.
Das RuStAG galt nach dem 2. Weltkrieg unverändert weiter, soweit seine Bestimmungen nicht dem Grundgesetz widersprachen.
Auch die DDR hielt zunächst am RuStAG fest bis 1967 ein eigenes Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen wurde. Staatsbürger der DDR wurden weiterhin als deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes betrachtet. Durch den Beitritt der DDR zur BRD galt auch für die (ehemaligen) Staatsbürger der DDR das RuStAG wieder unmittelbar.

Sehr geehrter Herr [redacted]

mit Schreiben vom 10.07.2009 baten Sie um Auskunft hinsichtlich der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit. Der Antrag auf Einbürgerung kann hier in der Behörde, Landkreis Dahme-Spreewald, Ordnungsamt, Staatsangehörigkeit, Beethovenweg 14 in 15907 Lübben gestellt werden.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Einbürgerung. Da in Ihrem Schreiben keine persönlichen Informationen von Ihnen enthalten sind gehe ich derzeit von einer Regeleinbürgerung gemäß § 10 Abs. 1 StAG nach 8 Jahren anerkannten legalen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Dazu übersende ich Ihnen einen Antrag auf Einbürgerung mit den dazugehörigen Hinweisen zur Beibringung aller Unterlagen.

Erlauben Sie mir einige weiterführende Auskünfte bezüglich einzelner Vorraussetzungen für die Einbürgerung zu geben:

Aufenthaltszeiten:
Bei der Berechnung der für eine Einbürgerung erforderlichen Aufenthaltsdauer können nur Zeiten berücksichtigt werden, in denen der Bewerber sich rechtmäßig im Inland aufgehalten hat. Eine Einbürgerung gemäß § 10 StAG setzt voraus, dass der Einbürgerungsbewerber seit 8 Jahren rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat. Nicht angerechnet werden Gestattungszeiten bei erfolglosem Asylverfahren sowie Zeiten der Duldung.

Hinweise zu den Deutschkenntnissen und zum Einbürgerungstest des Landes Brandenburg:
Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 10 Abs. 4 StAG ist es notwendig eine Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) nachzuweisen. Durchgeführt werden diese Sprachprüfungen von den Volkshochschulen des Landes Brandenburg (Tel: 0331/2000683). Schul- und Berufsabschlüsse in Deutschland können ebenfalls als Sprachnachweis anerkannt werden. Ich bitte gegebenenfalls um Rücksprache.

Staatsangehörigkeitsnachweis

Sehr geehrter Herr [redacted]

mit Schreiben vom 10.07.2009 fragten Sie an wie Sie die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublick Deutschland beantragen können.

Am 12.08.2008 haben Sie hier einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragt. Dieser wurde Ihnen am 26.08.2008 ausgehändigt.
Dieser Ausweis ist für Sie der amtliche Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit.

Für weitere Fragen stehe ich unter o.g. Telefonnummer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sehr geehrter Herr [redacted]

Ihr o.a. Schreiben habe ich zur weiteren Bearbeitung erhalten.

Ich weise Sie darauf hin, dass es die Bezeichnung „Staatsangehörigkeit Bundesrepublik Deutschland" nicht gibt. Vergleiche hierzu Artikel 16 Abs. 1 und Artikel 116 Abs. 1 Grundgesetz sowie die Formulierungen im Staatsangehörigkeitsgesetz („Deutscher" und „deutsche Staatsangehörigkeit", §§ 1, 3, 4, 5, 7, 40 a).

Im Übrigen verweise ich auf den Inhalt meiner oben genannten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Staatsangehörigkeit

Ihre Anfrage vom 27.07.2009

Sehr geehrter Herr [redacted]

nach § 1 des Gesetzes über Personalausweise sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die das 16. Lebensjahr beendet haben und nach den Vorschriften der Landesmeldegesetze der allgemeinen Meldepflicht unterliegen, verpflichtet einen Personalausweis zu besitzen. Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmlinge in dem Gebiet des deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat. Der Personalausweis dient in erster Linie als Identitätspapier.

Zunächst lässt sich durchaus aus ihrem Personalausweis der Schluss ziehen, dass Sie Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland sind. Ein Personalausweis ist jedoch kein sicherer Nachweis für den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Ergeben sich am Vorhandensein der deutschen Staatsangehörigkeit Zweifel, kann das Bestehen oder Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde festgestellt werden. Ebenso ist für den Vollzug bestimmter Rechtsgeschäfte (z. B. Adoption, Einbürgerung des Ehegatten) die Vorlage des Personalausweises als Nachweis der deutschen Staatangehörigkeit nicht ausreichend, weshalb dann ein Staatsangehörigkeitsausweis erforderlich werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Schreiben vom 22.07.2009 bezüglich der Staatsangehörigkeit

Sehr geehrter Herr [redacted]

mit Schreiben vom 22.07.2009 fragten Sie an ob Sie die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland hier im Hause beantragen können.

Diese Möglichkeit besteht jedoch nicht.

Im Grundgesetz Artikel 116 Abs. 1 ist geregelt, dass Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland gibt es nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrter Herr [redacted]

um die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband beantragen zu können bitte ich Sie, persönlich während meiner Sprechzeiten, welche Sie am unteren Rand dieses Schreibens finden, in ein Beratungsgespräch zu kommen.
Zu diesem Gespräch bitte ich um Vorlage Ihres Nationalpasses.
Die für die Beantragung der Einbürgerung notwendigen Formulare händige ich Ihnen bei Vorsprache mit entsprechenden Ausfüllhinweisen aus.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Antrag auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit
Ihr Schreiben vom 22. Juli 2009

Sehr geehrter Herr [redacted]

ich nehme Bezug auf Ihr oben genanntes Schreiben. In Ihren Schreiben beantragten Sie die Deutsche Staatsangehörigkeit. Laut meiner Datenbank werden Sie jedoch schon als Deutscher geführt, sodass eine Einbürgerung nicht möglich ist.

Aus diesen Grunde möchte ich Sie zur Klärung der Sachlage zu einem persönlichen Gespräch einladen. Bitte rufen Sie mich zur Vereinbarung eines Termins an.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Sehr geehrter Herr [redacted]

sofern Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können Sie selbstverständlich bei uns einen Antrag auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises stellen.

Sollten Sie ein ausländischer Mitbürger sein, besteht für Sie die Möglichkeit der Einbürgerung in den deutschen Staatsverband.

Wenden Sie sich hierzu bitte an die zuständigen Sachbearbeiterinnen Frau Drisang und Frau Jung, Zimmer 211 im 2. Obergeschoss der Kreisverwaltung; Tel.: 0671-803269.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Sehr geehrter Herr [redacted]

wie ich anhand Ihres sonst unverständlichen Schreibens feststelle, beantragen Sie den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung.

Diesen Antrag können nach § 3 Nr. 5 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) nur Ausländer stellen. Ausländer sind Sie allerdings nicht, weil Sie die deutsche Staatsangehörigkeit bereits besitzen. Ich nehme an, dass Sie dies nicht in Frage stellen wollen.

Die sehr unverständlichen Formlierungen und der von Ihnen gewählte Stil Ihres Schreibens vom 24.01.2008 veranlassen mich allerdings, darauf nicht näher einzugehen.

Sehr geehrter Herr [redacted]

im Auftrag des Herrn Landrats [redacted] darf ich Ihr oben genanntes Schreiben beantworten.

Sie besitzen die Rechtsstellung eines Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind im Besitz eines bundesdeutschen Personalausweises, der nur einem deutschen Staatsangehörigen erteilt werden darf (§ 1 des Gesetzes über Personalausweise). Als deutscher Staatsangehöriger sind Sie der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtslage und der deutschen Rechtsprechung ebenso wie dem Verwaltungshandeln der in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Bundesländern eingerichteten Verwaltungen unterworfen.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrter Herr [redacted]

da Sie die deutsche Staatsangehörigkeit bereits besitzen, ist ein Erwerb dieser Staatsangehörigkeit weder möglich noch erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Einbürgerung in den deutschen Staatsverband

Sehr geehrte Frau [redacted]

Ihr Schreiben vom 10.07.2009 an Herrn Landrat [redacted] können wir mangels näherer Angaben leider nur sehr allgemein beantworten.

Grundsätzlich kann ein ausländischer Staatsangehöriger nach einem 8jährigen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet die Einbürgerung in den Deutschen Staatsverband beantragen. Zur weiteren Information verweisen wir auf das beigefügte Merkblatt.

Sollten Sie detaillierte Informationen wünschen, können Sie sich telefonisch mit uns in Verbindung setzen, und zwar für allgemeine Auskünfte mit

---

Sehr geehrter Herr [redacted]

sie besitzen bereits die deutsche Staatsangehörigkeit. Falls Sie ein Ausweisdokument beantragen wollen ist dem Schreiben ein Informationsblatt zugefügt.



Universitätsstadt Tübingen 3 Am Markt 1 72070 Tübingen

[redacted]
72070 Tübingen

Bürgeramt

20.03.2012

Kontakt [redacted]
EG
Schmiedtorstr. 4
72070 Tübingen
Telefon 0 70 71-204-2586
Fax 0 70 71-204-2223
E-Mail buergerdienste@tuebingen.de
Öffnungszeiten Mo 7.30-13.00 Uhr, Di 7.30-18.00 Uhr, Mi 7.30-13.00 Uhr, Do 7.30-13.00 Uhr, Fr 7.30-13.00 Uhr oder nach Vereinbarung
Ihr Zeichen
Ihr Datum 16.03.2012
Unser Zeichen 330

Ihre Frage zur Staatsangehörigkeit

Sehr geehrter [redacted]

die Universitätsstadt Tübingen hat keine Zuständigkeit zur rechtsverbindlichen Feststellung der genauen Bezeichnung des Staates, in dem Sie leben. Die Bezeichnung ergibt sich im Übrigen aus Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

vielen Dank für Ihr o.a. an Bundesminister Dr. Schäuble, der mich beauftragt hat, Ihnen zu antworten.

Zu Ihrer Anfrage kann ich Ihnen folgende Informationen geben:
Generell wird die Staatsangehörigkeit in Reisepässen und Personalausweisen zutreffend mit dem einschlägigen und grammatikalisch richtigen Adjektiv „deutsch" beschrieben. Der Name des Staates, in dem Sie leben (ich lege hier die von Ihnen angegebene Adresse zugrunde) wird im amtlichen Sprachgebrauch mit Bundesrepublik Deutschland (Vollform), Deutschland (Kurzform) bezeichnet (s.a. Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Grundgesetz Art. 20).

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
des Landes Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Herrn

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: 16.09.2011
Mein Zeichen: II 446
Meine Nachricht vom: /
Frau [redacted], LL.M. (oec.)
staatsangehoerigkeit@jumi.landsh.de
Telefon: 0431 988-3272
Telefax: 0431 988-612-3286

Ihr Schreiben vom 16. September 2011

Sehr geehrter [redacted]

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 16. September 2011, welches mir von der Staatskanzlei zugeleitet wurde.

Hinsichtlich der von Ihnen aufgeworfenen allgemeinen Frage nach der Existenz der Bundesrepublik Deutschland besteht hier keine Zuständigkeit. Ich stelle anheim, hierzu eigene Recherchen anzustellen oder ein privates Rechtsgutachten in Auftrag zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

»Fällt Ihnen etwas auf?«

Kein Brief beantwortet die Frage, wie denn nun der Staat genau heißt, in dem wir leben.

Diese Frage war aber immer ausdrücklich gestellt.

Ein (natürlich im Auftrag) Schreibender des Innenministeriums, seinerzeit unter Führung von Dr. Schäuble, verstieg sich sogar zu dem Satz:

„Generell wird die Staatsangehörigkeit in Reisepässen und Personalausweisen zutreffend mit dem einschlägigen und grammatikalisch richtigen Adjektiv „deutsch" beschrieben."

Das Maximale von allen Briefen kommt dann in genau diesem, nämlich dass die „Bundesrepublik Deutschland", aber nur im Sprachgebrauch, der Staat sei.

Das Innenministerium selbst bietet auf seiner Internetpräsenz folgende richtige Definition:

Das ist dann folgerichtig immer ein Substantiv. Damit man juristisch nicht festgenagelt und womöglich für seine Aussagen nach § 823 BGB auch noch in Haftung genommen wird, schiebt man gern die Verantwortung im Kreis und unterschreibt in der Regel: „Im Auftrag“.

In wessen Auftrag steht natürlich nie da, und wenn man nach einer Freizeichnung fragt, erhält man diese natürlich nicht. Immerhin waren fast alle Briefe unterschrieben.

Gut – es ging ja auch nicht um Raub, Erpressung, Diebstahl und Nötigung. In diesem Falle sind die Briefe nie unterschrieben. Oder kennt jemand einen unterschriebenen Steuerbescheid?

»Auch das funktioniert, weil wir es mangels Kenntnis zulassen!«

Am köstlichsten ist die Antwort aus dem Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein vom Nov. 2011.

Da antwortet doch jemand der im Briefkopf die E-Mail-Adresse staatsangehoerigkeit@jumi.landsh.de angibt, dass bei ihnen keine Zuständigkeit bestünde und empfiehlt, ein privates Rechtsgutachten in Auftrag zu geben.

◆ ◆ ◆

Nun – wir haben uns lieber selbst der Sache angenommen und überlassen dieses wichtige Thema (Heimat und Staatsangehörigkeit) keinem dieser bezahlten und vom System abhängigen Berufsjuristen und Professoren.

◆ Sie werden erkennen, dass es eher eine mit Fleißarbeit versehene Hartnäckigkeit ist, denn kompliziert zu sein, da es jeder verstehen kann.

Als erstes fällt in der Analyse dieser Briefe auf, dass immer wieder der Begriff „Deutsche Staatsangehörigkeit“ oder dieses ominöse „DEUTSCH“ nur als Adjektiv in der Staatsangehörigkeitsbezeichnung auftaucht.
So finden wir im Grundgesetz Artikel 116 auch folgende Formulierung:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt…“


Bundesministerium der Justiz

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Art 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.
(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

zum Seitenanfang Datenschutz Seite ausdrucken

Was genau ist die Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“

Was genau hat es nun damit auf sich. Um es vorweg zu nehmen. Es geht nun um nichts Geringeres als den Verlust unserer Heimat, Ihre völlige Entrechtung, wie es gemacht wurde und wie es von der BRD weitergeführt wird.

Schalten wir also noch einmal zurück, was das RuStAG (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz) von 1913 in seiner ursprünglichen Version zu bieten hatte.
Es beginnt übrigens mit der Präambel:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstags, was folgt:“

§1 „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt.“

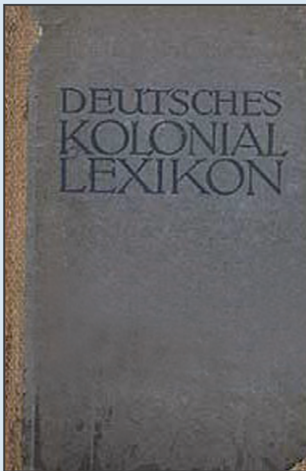
Es gab sozusagen eine doppelte Staatsangehörigkeit.

1913 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

Reichsangehörigkeit bedeutet
Ausland / Kolonie
oder

Staatsangehörigkeit Inland / Heimat
eigentlich RoStAG, denn im § 1 steht
»**oder**«

Im Deutschen Kolonial-Lexikon (1920), Band III, S. 317 f. finden wir folgendes:



„Schutzgebietsgesetz. Die erste gesetzliche Grundlage für das Recht der deutschen Kolonien bildete das Gesetz, betr. die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 17. April 1886 (RGBl. S. 75). Nachdem zwei Novellen vom 7. Juli 1887 (RGBl. S. 307) und vom 15. März 1888 (RGBl. S. 71) hinzugekommen waren, wurde es mit den ergänzenden Bestimmungen dieser Novellen am 19. März 1888 in der sich daraus ergebenden anderweiten Fassung neu bekannt gemacht (RGBl. S. 75). Weitere Novellen folgten am 2. Juli 1899 (RGBl. S. 365) und am 25. Juli 1900 (RGBl. S. 809), die letztere als Folge der durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und seiner Nebengesetze bedingten Neugestaltung des Rechts.

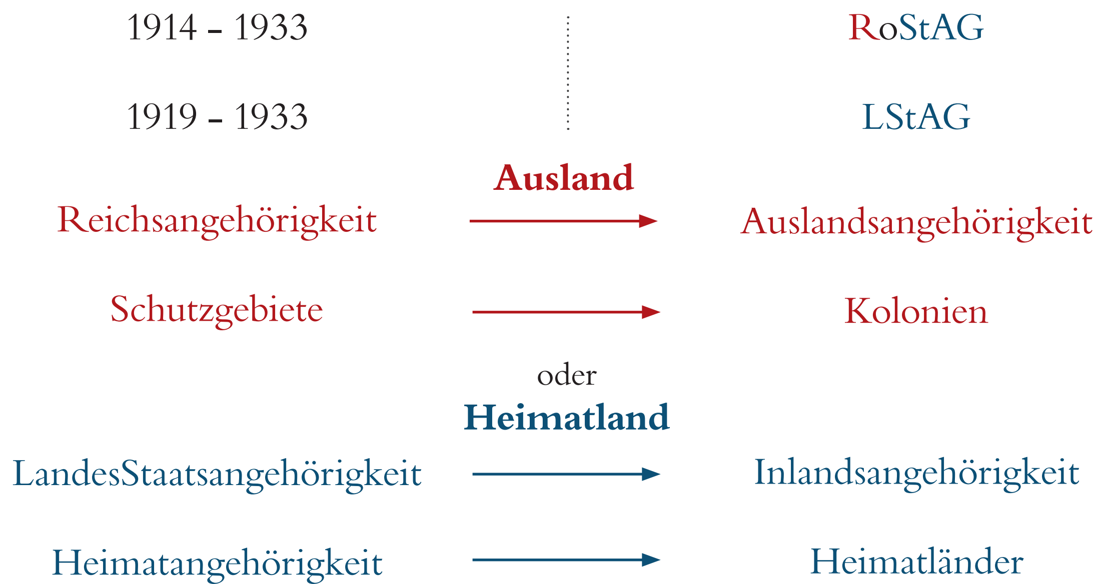
Die neuen Bestimmungen wurden wiederum dem Gesetz eingefügt und dieses in der jetzigen Fassung unter der Überschrift „Schutzgebietsgesetz" mit dem Datum des 10. Sept. 1900 (RGBl. S. 812) publiziert. Am 1. Jan. 1901 ist es mit seinem neuen Inhalt in Kraft getreten (Art. 3 Ges. vom 25. Juli 1900 [RGBl. S. 809]; § 1 Ksl. V., betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, vom 9. Nov. 1900 [RGBl. S. 1005]). Seitdem hat es durch die Novellen vom 16. Juli 1912 (RGBl. S. 443) und vom 22. Juli 1913 (RG. S. 599) sowie durch das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1912 (RGBl. S. 583) einige Abänderung erfahren. Das Schutzgebietsgesetz ist ein Reichsgesetz mit Geltung in sämtlichen deutschen Schutzgebieten. Es ist das Grundgesetz für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege in den Kolonien. Nach ihm haben das Deutsche Reich, der Kaiser und der Reichskanzler die gesetzgebende Gewalt in den Kolonien.

§ 1 bestimmt: „Die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten übt der Kaiser im Namen des Reichs aus." Damit ist gesagt, daß das Deutsche Reich der Träger der Schutzgewalt und der deutsche Kaiser das mit der Ausübung er Schutzgewalt betraute Organ ist. „Schutzgewalt" bedeutet im Sinne des Schutzgebietsgesetzes Staatsgewalt (s. Schutzgewalt). Als deren Träger hat in erster Reihe das Reich die Gesetzgebungsmacht. In zweiter Reihe steht sie dem Kaiser zu als demjenigen, der die Staatsgewalt ausübt. Daneben ist sie in beschränktem Umfange auch dem Reichskanzler verliehen.

Der § 15 SchGG. verordnet, daß der Reichskanzler die zur Ausführung des Schutzgebietsgesetzes erforderlichen Anordnungen zu erlassen hat, und gibt ihm die Befugnis, für die Schutzgebiete oder für einzelne Teile derselben polizeiliche und sonstige die Verwaltung betreffende Vorschriften zu erlassen und gegen deren Nichtbefolgung Strafen, ev. die Einziehung von Gegenständen anzudrohen. Die Ausübung dieser Befugnisse kann der Reichskanzler der mit einem Ksl. Schutzbriefe für das betreffende Schutzgebiet versehenen Kolonialgesellschaft sowie den Beamten des Schutzgebiets übertragen (§ 15 Abs. 3 SchGG.).

Aus diesen Bestimmungen folgt, daß die unbeschränkte Macht, den Kolonien Gesetze zu geben, nur das Reich hat; der Kaiser hat dieses Recht nur, soweit es das Reich nicht ausübt…"

Wie sah dies nun konkret aus oder wie ist dies zwingend zu verstehen?



// Heimatland Baden

// Heimatland Preußen

// Heimatland Sachsen



// Heimatland Preußen

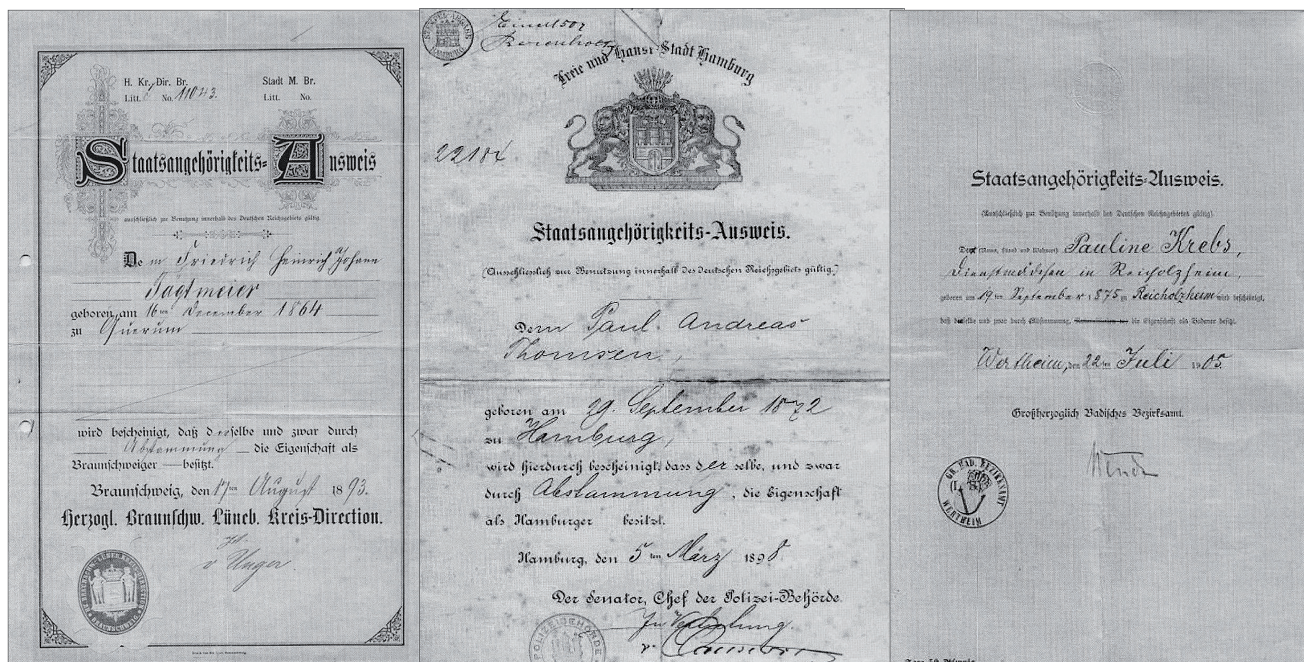
Es war vor 1933 in Rechts-, Sach-, und Geschichtstexten immer von den Deutschen Völkern oder Deutschen Stämmen die Rede.

Ein jeder Inländer innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches hatte in seinen Ausweisdokumenten als Staatsangehörigkeit folgendes stehen:

„Bayern, Preußen, Baden, Sachsen, …“

Also nicht etwa „Deutsches Reich“.
Das war nicht die Heimat!

Hier z.B. eine Auswahl echter **Staatsangehörigkeitsurkunden**:



H. Kr. Dir. Br. Litt. No. 11043. Stadt M. Br. Litt. No.

Staatsangehörigkeits-Ausweis

ausschließlich zur Benutzung innerhalb des Deutschen Reichsgebiets gültig.

Dem Friedrich Heinrich Johann Tagelmeier
geboren am 16ten December 1864 zu Querum

wird bescheinigt, daß derselbe und zwar durch Abstammung die Eigenschaft als Braunschweiger besitzt.

Braunschweig, den 17ten August 1893.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Kreis-Direction.

v. Unger

Freie und Hansestadt Hamburg

Staatsangehörigkeits-Ausweis.

(Ausschließlich zur Benutzung innerhalb des Deutschen Reichsgebiets gültig.)

Dem Paul Andreas Thomsen,
geboren am 29. September 1872 zu Hamburg,
wird hierdurch bescheinigt, dass der selbe, und zwar durch Abstammung, die Eigenschaft als Hamburger besitzt.

Hamburg, den 5ten März 1898

Der Senator, Chef der Polizei-Behörde.

Staatsangehörigkeits-Ausweis.

(Ausschließlich zur Benutzung innerhalb des Deutschen Reichsgebiets gültig.)

Der Pauline Krebs, Dienstmädchen in Reicholzheim
geboren am 17ten September 1875 zu Reicholzheim wird bescheinigt,
daß dieselbe und zwar durch Abstammung die Eigenschaft als Badener besitzt.

Wertheim, den 22ten Juli 1905.

Großherzoglich Badisches Bezirksamt.

Taxe 50 Pfennig.


Nº 350 C. 890

Staatsangehörigkeits-Ausweis.

(Ausschließlich zur Benutzung innerhalb des deutschen Reichsgebietes gültig.)

geboren am 8ten Juli 1889 zu Weimar,
wird bescheinigt, daß derselbe und zwar durch Abstammung
die Eigenschaft als Staatsangehöriger des Großherzogtums Sachsen besitzt.

Weimar, am 18. September 1912.

Der Großh. S. Direktor des I. Verwaltungs-Bezirks.

Preußen.

W.468.I.11.29.

Staatsangehörigkeitsausweis.

(Zur Benutzung im Inland.)

Das Fräulein Auguste Wehrmann,

geboren am 16. März 1901 in Lemgo

besitzt die Staatsangehörigkeit in Preußen.

Berlin, den 11. Juni 1929.

Der Preußische Polizeipräsident.

Im Auftrage.

Gebühren 5.– R.-Mark.

Freistaat Bayern.

Staatsangehörigkeits-Ausweis.

Die Staatsangehörigkeit **DEUTSCH** ist eine **Kolonieangehörigkeit**.
Sie ist **keine Heimatangehörigkeit**

1919 Landesstaatsangehörigkeit 1934

Die Heimatländer von 1919 sind:

Freistaat Preußen
Freistaat Bayern
Freistaat Sachsen
Freier Volksstaat Württemberg
Freistaat Baden
Land Thüringen
Volksstaat Hessen
Freie und H. Hamburg
Freistaat Mecklenburg-Schwerin



DAS DEUTSCHE REICH
„Weimarer Republik"/„Drittes Reich" 1919–1937

Freistaat Oldenburg
Freistaat Braunschweig
Freistaat Anhalt
Freie und H. Bremen
Freistaat Lippe
Freie und H. Lübeck
Freistaat Mecklenburg-Strelitz
Freistaat Waldeck
Freistaat Schaumburg-Lippe

Wir präsentieren Ihnen nun die Erfinder der Staatsangehörigkeit „DEUTSCH" oder der sogenannten „Deutschen Staatsangehörigkeit".

Zuerst die geschichtliche Abfolge:

30.01.1933 Reichspräsident von Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler. Nur zwei Minister von der NSDAP im Kabinett (Frick, Göring)

Ziel der Konservativen (DNVP): Kanalisierung der NSDAP.
Ziel der NSDAP: Errichtung einer totalen Diktatur, nach Möglichkeit mit legalem Anschein nach Wahlen (Zweidrittelmehrheit)

04.02.1933 Erste Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit

27.02.1933 Reichstagsbrand

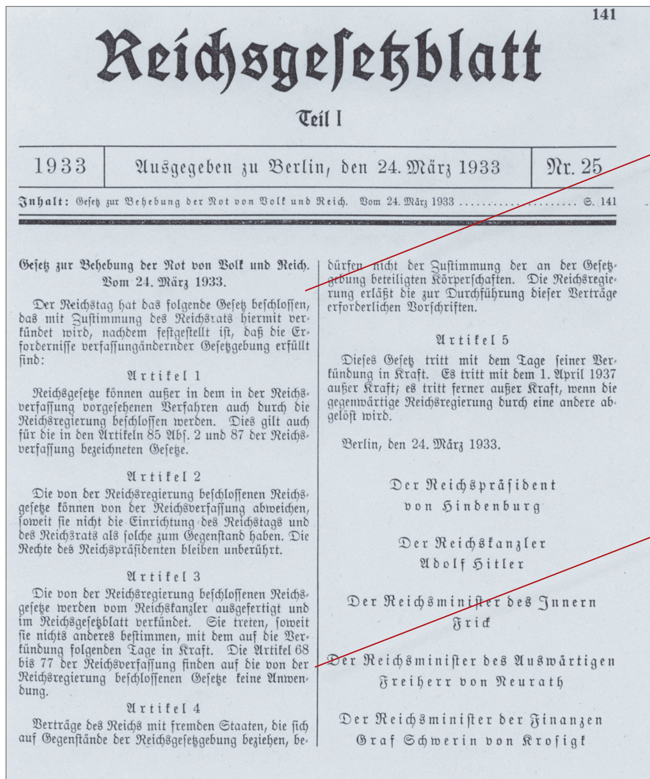
28.02.1933 „Brandverordnung": Einschränkung der Grundrechte
Verhaftungswelle gegen Funktionäre der KPD und SPD

05.03.1933 Reichstagswahlen: NSDAP 44%, DNVP 8%

21.03.1933 Tag von Potsdam: Propagandaspektakel zur Eröffnung



	des neu gewählten Reichstags
23.03.1933	„Ermächtigungsgesetz“: Grundlage für Diktatur beliebige Gesetze durch Regierung ohne Zustimmung des Reichstags.
30.06.1934	„Röhm-Putsch“: Ermordung Ernst Röhms, Früher der SA und innerparteilicher Rivale
02.08.1934	Tod Hindenburgs: Hitler übernimmt Kompetenzen des Reichspräsidenten



141

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 24. März 1933	Nr. 25

Inhalt: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. Vom 24. März 1933 .... S. 141

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. Vom 24. März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

»Artikel 1«

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Befehle.

»Artikel 3«

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgender Lage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Dem sogenannten Ermächtigungsgesetz folgten verschiedene andere Gesetze unter dem Oberbegriff der Gleichschaltung

Gleichschaltung ist ein Begriff, welcher der nationalsozialistischen Terminologie entstammt. Das Wort entstand 1933, als der Prozess der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens – also des öffentlichen und privaten Lebens – in der Machteroberungsphase in Deutschland eingeleitet wurde.

◆ Ziel war es, bis 1934 den als Zerrissenheit verstandenen Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben.

Mit der Gleichschaltung strebte man an, die Aktivitäten der Völker in großen gemeinsamen Organisationen zusammenzufassen, die zugleich dem nationalsozialistischen Verständnis des Volkswillens entsprechen sollten.

Praktisch bedeutete die Gleichschaltung die Überführung von Organisationen in die bestehenden NS-Organisationen. Entweder erfolgte die Gleichschaltung auf Anweisung oder in vorauseilendem Gehorsam durch sogenannte Selbstgleichschaltung. Andere Verbände und Organisationen reagierten auf den Druck mit der ersatzlosen Auflösung und Beendigung ihrer Tätigkeit.

Allgemein betrachtet war damit die Einschränkung oder der Verlust der individuellen Persönlichkeit beziehungsweise der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit eines Menschen durch Regeln und Gesetze sowie sonstige Maßnahmen der Gleichsetzung und Vereinheitlichung der Massen verbunden.

◆ ◆ ◆

»Wichtige Schritte der Gleichschaltung«

Ausgangspunkt waren die zwei Gleichschaltungsgesetze vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933, mit denen zuerst die Länder ihrer relativen Souveränität beraubt wurden und später die Entsendung von Reichsstatthaltern beschlossen wurde. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 wurde der Entzug der Hoheitsrechte der Länder vollendet. Die Regelung der Staatsangehörigkeit wurde jetzt Angelegenheit des Zentralstaats, so dass laut Verordnung vom

5. Februar 1934[1] der Eintrag in den Standesregistern auf die **deutsche Staatsangehörigkeit** vereinheitlicht wurde.

◆ Bis dahin verliehen die Länder ihre jeweilige Staatsangehörigkeit, so dass es in Deutschland Bayern, Braunschweiger, Badener, Preußen, Sachsen usw. gab, aber trotz des seit 1871 bestehenden deutschen Nationalstaates noch keine als Deutsche ausgewiesenen Staatsbürger.

Der Abschluss der „Gleichschaltung der Länder" kann auf den 14. Februar 1934 mit der Auflösung des Reichsrates und der Übernahme der Landesjustizverwaltungen datiert werden.

Legalisiert wurde die „Gleichschaltung der Länder" über § 2 der Reichstagsbrandverordnung, wonach die Reichsregierung in die Kompetenzen der Länder eingreifen konnte, sofern diese nicht für Ordnung und Sicherheit sorgen konnten.

»Artikel 2«
Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

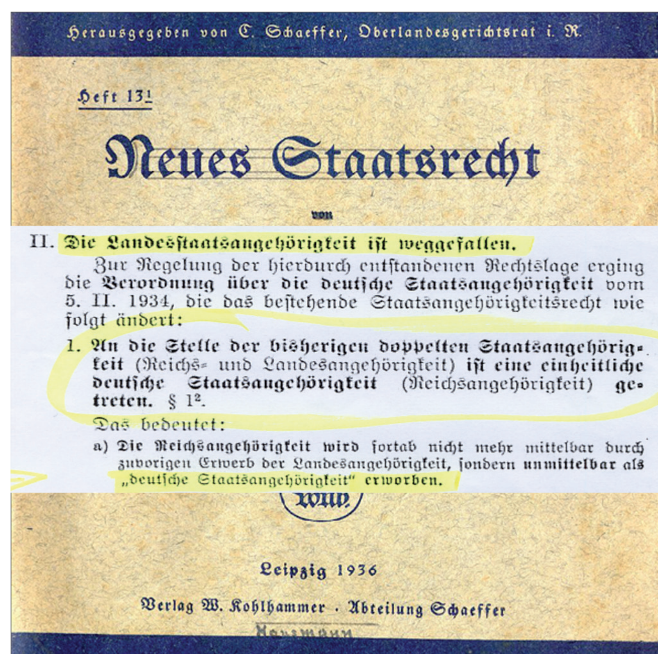
Die „Gleichschaltung von Partei und Staat" erfolgte am 1. August 1934 mit der Auflösung aller Parteien und der Erklärung der NSDAP zur Körperschaft öffentlichen Rechts. Zudem wurde das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers verschmolzen.

Weitere bedeutende Maßnahmen der Gleichschaltung war die Beseitigung der pluralen Gesellschaft mit der Auflösung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront und der Zwangsvereinigung der Agrarverbände in den Reichsnährstand.

»Mit der Ernennung von Joseph Goebbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933 wurde zudem mit der Errichtung der Reichskulturkammer die Gleichschaltung des kulturellen Lebens begonnen.«

Die entscheidende Voraussetzung für die Maßnahmen war das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, das Hitler gesetzgeberische und vertragliche Vollmachten verschaffte, die er dann zur weiteren Beseitigung des Pluralismus und der Demokratie einsetzte. Auf die Gleichschaltung reagierten die betroffenen Vereine und Organisationen oftmals mit einer nachgiebigen Position, um einem Verbot und der Auflösung zu entgehen. Beispiele dafür sind z. B. der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund oder die Organisationen der Arbeiterkultur.

Dokumentenbeweise:



Herausgegeben von C. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. R.

Heft 131

Neues Staatsrecht

von

II. Die Landesstaatsangehörigkeit ist weggefallen.

Zur Regelung der hierdurch entstandenen Rechtslage erging die **Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit** vom 5. II. 1934, die das bestehende Staatsangehörigkeitsrecht wie folgt ändert:

1. **An die Stelle der bisherigen doppelten Staatsangehörigkeit** (Reichs- und Landesangehörigkeit) **ist eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit** (Reichsangehörigkeit) **getreten.** § 1².

Das bedeutet:

a) **Die Reichsangehörigkeit wird** fortab nicht mehr mittelbar durch zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern **unmittelbar als** „deutsche Staatsangehörigkeit" **erworben.**

Leipzig 1936

Verlag W. Kohlhammer · Abteilung Schaeffer

1934 wurde also die LandesStaatsAngehörigkeit begraben.

1934 wurde eine Kolonieangehörigkeit DEUTSCHES REICH/ DR / DEUTSCH / Deutsche Staatsangehörigkeit von vielen unbemerkt aus der Taufe gehoben.

Da diese auf die Reichsangehörigkeit geschaltet wurde, ist sie mit dem Wegfall der Landesstaatszugehörigkeit eine Auslandsangehörigkeit.

GLEICHSCHALTUNGS - GESETZ
vom 05.02.1934:

83

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinausschiebung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschutz im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 2. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
5. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85
	Druckfehlerberichtigung	86

Berlin, den 6. Februar 1934 85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85 rechts aufgeh 99,1623 A 4 Z 1

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

102-1

102-1 geänd 74,3714 · 102-1 geänd 77,1102 Art 4 · 102-1 geänd 86.1154 · 102-1 geänd 93,1072 · 102-1 geänd 97,1433 97,2849 · 102-1 geänd 97,2950 · 102-1 geänd 99,1618 · 102-1 geänd 01,271 · 102-1 geänd 01,3306

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz *

Vom 22. Juli 1913

Reichsgesetzbl. S. 583

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1*

Deutscher ist, wer die ... unmittelbare *Reichsangehörigkeit* ... besitzt.

§ 6*

(1) Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu.

aufgeh 99,1623 A 4 Z 1

Verordnung
über die deutsche Staatsangehörigkeit **102-2**

Vom 5. Februar 1934

Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 6. 2. 1934

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit *(Reichsangehörigkeit)*.

§ 2

Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des *Reichs*.

Seit 1933 begann im HeimatReich die Entmachtung der deutschen Völker. 1934 wurden Ihre Heimat-Staatsangehörigkeiten zerstört. Gleichschaltungsgesetze vernichteten die Heimatländer. Diese Gesetze wurden bis heute nicht aufgehoben.

Im Gegenteil – sie wurden zementiert! Das ist unser Kernproblem. Das Thema Heimatangehörigkeit wurde seit ihrer Zerstörung ausgeblendet.

◆ Die deutschen Völker, jetzt das deutsche Volk, sind komplett entmachtet, entrechtet und heimatlos.

Seit der Weimarer Zeit werden die Menschen nach einem Plan gesteuert, der die Welt verändert. Die BRD-Bewohner sind politisch nur Zuschauer und werden am Nasenring in die EU gezogen.

Der erste Weltkrieg diente zur Ausschaltung der Monarchien, der zweite zur Vorbereitung der Abschaffung der Nationalstaaten und schleichenden Entrechtung der Völker.

Als Tatsachenbeweise allein für die BRD soll diese kleine Auflistung dienen:

- Vorenthaltung des Rechts auf Volksentscheide ***»gegen den Willen der deutschen Völker«*** (so wäre die Bezeichnung staatsrechtlich korrekt, da Gleichschaltung auf deutsches Volk)

- Abschaffung der eigenen Währung ***»ohne Befragung«*** und wie aus Umfragen klar und eindeutig ersichtlich ***»gegen den Willen der deutschen Völker«***

- Unterordnung der eigenen Streitkräfte unter fremden Oberbefehl ohne Befragung des Volkes und damit Übernahme des Risikos des indirekten Führens von Angriffskriegen

- Waffenlieferungen in Spannungsgebiete unter eindeutigem Verstoß gegen Artikel 26 GG und des Kriegswaffenkontrollgesetzes ***»ohne Befragung der deutschen Völker«***

- Beteiligung am Afghanistankrieg ***»ohne Befragung und gegen den Willen der deutschen Völker«***

- Abschließen der Verträge von Maastricht etc. ***»ohne Befragung und Abstimmung«***

- Versuchte Einführung der EU-Verfassung ***»ohne Befragung und Abstimmung«***

- Abschluss des Lissabonvertrages ***»ohne Befragung und Abstimmung«***

- Einführung der Rechtschreibreform ***»ohne Befragung und Abstimmung«***

- ***»Abstimmung zum ESM-Vertrag ohne Befragung und gegen den Willen der deutschen Völker und damit Öffnung der Tür zur vollständigen Ausplünderung.«***

Dazu Dr. Schäuble Februar 2012 in Davos auf die Frage eines Journalisten, wie sich die BRD angesichts der Rettungsvorschläge der andern Mitgliedsstaaten der EU fühle:

> ◆ *„Man fragt ja eine Gans auch nicht, was sie von Weihnachten hält.“ von Wolfgang Schäuble*

Manchmal sind es diese kurzen Zitate von Tätern, die uns seitenweises Erklären ersparen.

Je übler und verkommener dieses Programm läuft, umso häufiger fällt das Wort Demokratie.

Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Meinungsumfragen zu den Themen haben immer eindeutig ergeben, dass alle eben aufgeführten Dinge von einer überwältigen Mehrheit der deutschen Völker abgelehnt wurde und wird. Man schert sich einen Dreck darum. Das ist leider juristisch nicht rechtswidrig.

DAS GLEICHE DROHT NUN DEN VÖLKERN EUROPAS UND DER WELT.

Wir behaupten:
Deutschland hat den 2. Weltkrieg verloren und wenn wir nicht aufpassen, werden ihn die wahren Nazis gewinnen.



Warum ist das alles so und warum ist das für unser weiteres Leben eventuell von enormer Wichtigkeit?

Es gibt mittlerweile viele Bewegungen, viele Versuche, Neues zu wagen und durchzusetzen. Der Erfolg wird aber entscheidend davon abhängen, ob und wie ich meinen eigenen Status als Mensch in diesem System richtig einschätze und dann verändere. Deswegen sollte man sich seinen Status genau anschauen! Denn so wie er juristisch ist, werde ich auch juristisch behandelt!

Im Staatsangehörigkeits-Ausweis wurde ab 1934 folgendes eingetragen:

...besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit
...besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)

Das ist Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“, „Deutsches Reich“ / Deutsch, deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)

Das ist sie wirklich:
Eine Kolonial / Kolonie / Auslandszugehörigkeit

»Churchill und Roosevelt erklärten bereits 1941, dass es ihr Ziel sei, die NaZi-Tyrannei endgültig für alle Zeiten zu zerstören«

◆ 1945 wurde das deutsche Volk nicht von der Tyrannei befreit.

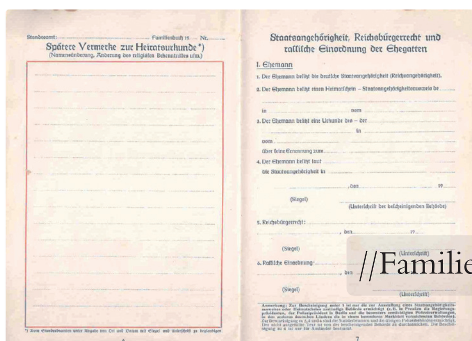
1949 Die BRD Staatsangehörigkeit
DEUTSCH (von 1934)

StA-Ausweis ...ist deutsche(r) Staatsangehörige(r) (von 1934)

Das BRD-Grundgesetz, die Verwaltung und die Rechtspflege sind Kolonie-Gewohnheit. Die Bewohner schlafen im tiefbraunen Sumpf, bzw. wachen dort gerade auf.

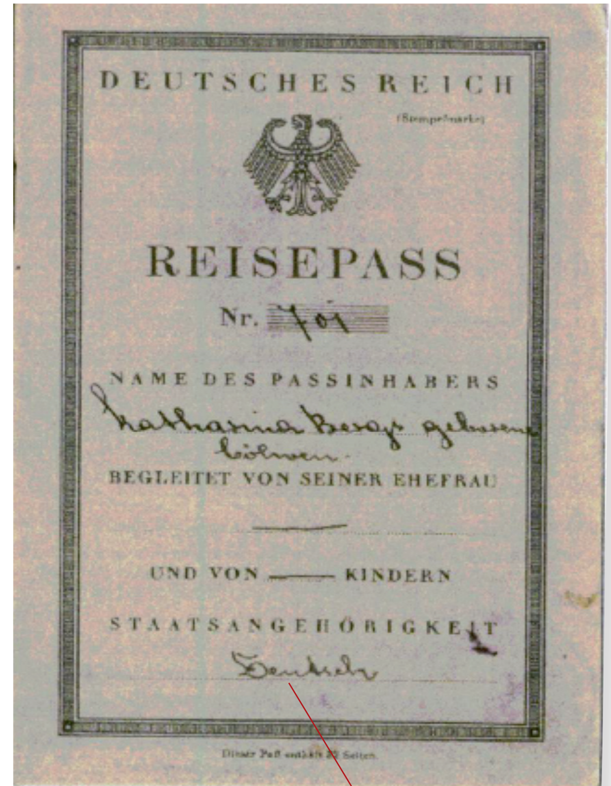
2005 / 2010 wurde R=StAG mit RuStAG von 1913 gleichgeschaltet und die Reichsangehörigkeit bereinigt. Jeder BRD-Bewohner hat jetzt seine Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz StAG 1913 (in Wirklichkeit aber von 1934)

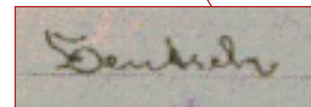
Wer die BRD als Heimat empfindet, wird auf den folgenden Seiten enttäuscht. Unsere Eltern, Großeltern und wir selbst wurden bis heute belogen, betrogen und getäuscht erzogen.


Spätere Vermerke zur Heiratsurkunde
Staatsangehörigkeit, Reichsbürgerrecht und rassische Einordnung der Ehegatten
1. Ehemann

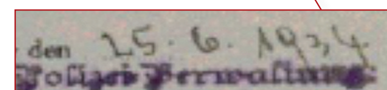
//Familienstammbuch

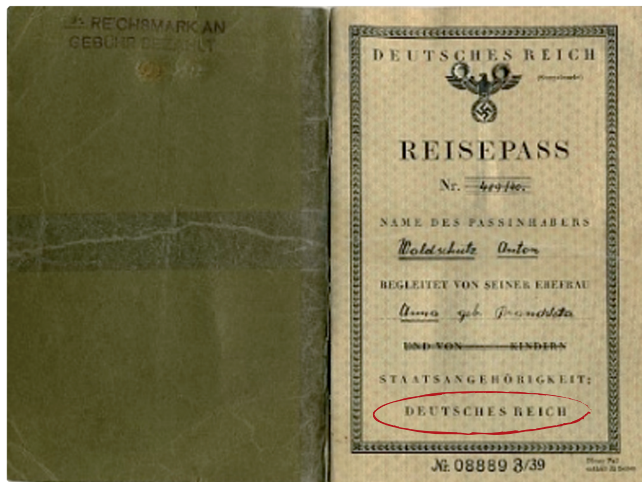
Dazu die entsprechenden Dokumentenbeispiele:


DEUTSCHES REICH
(Stempelmarke)
REISEPASS
Nr.
NAME DES PASSINHABERS
BEGLEITET VON SEINER EHEFRAU
UND VON —— KINDERN
STAATSANGEHÖRIGKEIT
Deutsch


Deutsch


Ehefrau
Lichtbild
Unterschrift des Paßinhabers
und seiner Ehefrau
Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.
den 25. 6. 1934
Die Polizei-Verwaltung:
Der Bürgermeister:

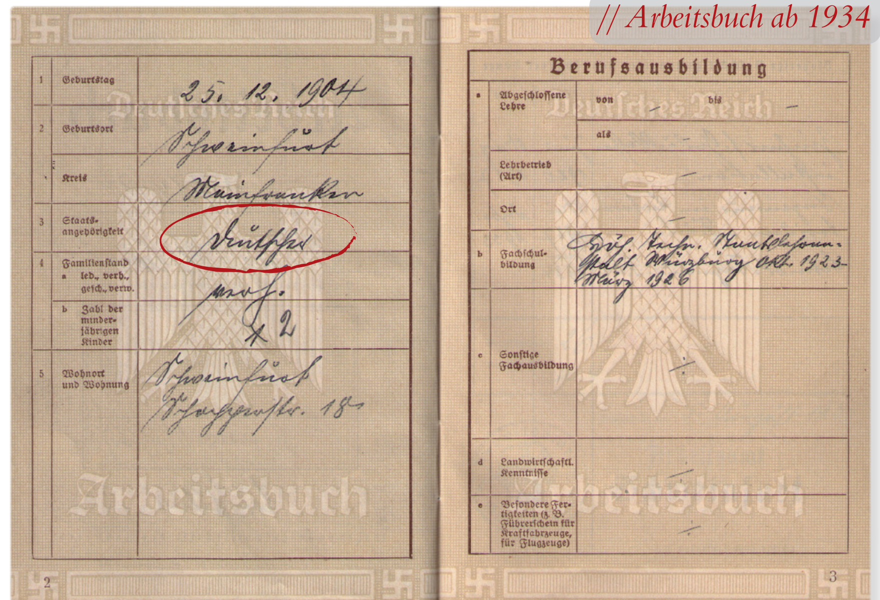

den 25. 6. 1934
Polizei-Verwaltung



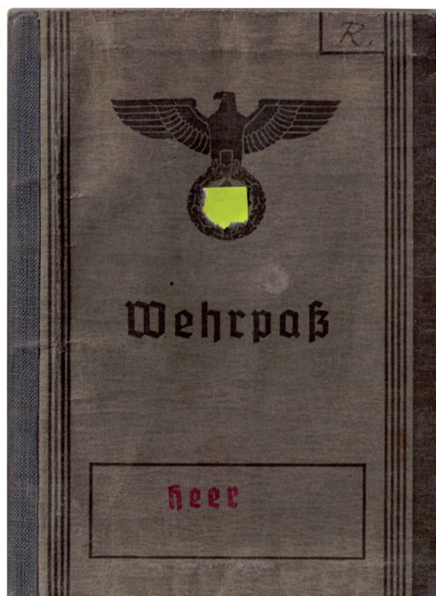


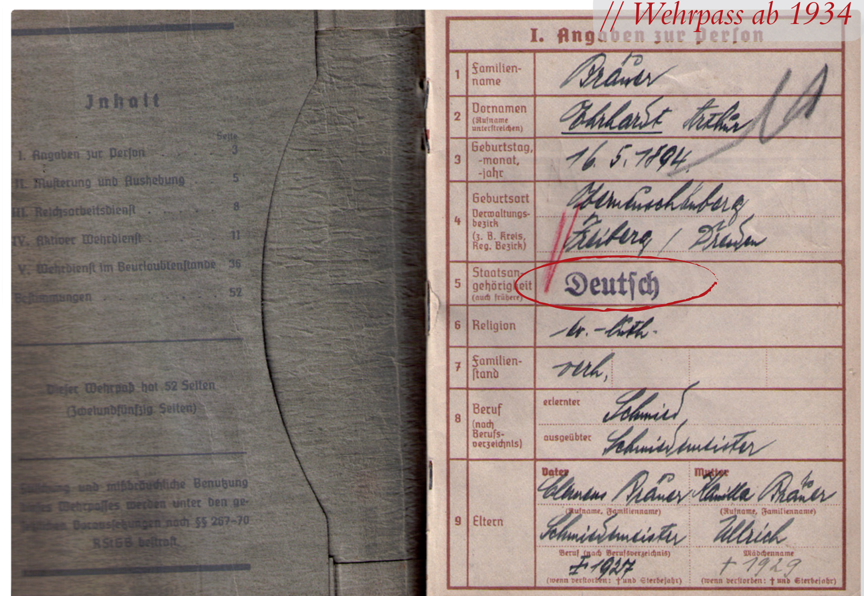
// Reisepass ab 1934





// Arbeitsbuch ab 1934





// Wehrpass ab 1934

Merkblatt für Fliegergeschädigte

Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Die Volksgenossen des Aufnahmekreises heißen Euch herzlich willkommen. Sie haben in voller Würdigung Eures schweren Geschickes sich gerne bereit erklärt, Euch in ihren Häusern und Wohnungen gastfreundlich aufzunehmen.

So hart Euer durchlebtes Schicksal auch ist, so bitten wir doch, folgendes zu berücksichtigen und Euer Verhalten im Gastkreis danach auszurichten:

1. Ihr kommt aus dem Luftkriegsgebiet und habt dort eine vorbildliche Haltung gezeigt. Seid auch in Eurem Gastkreis tapfer und treu und helft mit Eurer Zuversicht, die innere Front der mutigen Herzen aufrecht zu erhalten.
2. Hütet Euch vor Uebertreibungen, denn die Erfahrung lehrt, daß Ihr damit der wilden Gerüchtsbildung Tor und Tür öffnet und unnötig zahlreichen Volksgenossen das Herz schwer macht, die ihre Kraft und Zuversicht dringend für ihre Arbeit benötigen, die auch für Euch und Eure Angehörigen geleistet wird.
3. Verlangt nicht besondere Vorteile, die anderen Volksgenossen nicht zustehen. Zeigt Euch korrekt in allen Pflichten der kriegswirtschaftlichen Ordnung und beweist auch dadurch das Soldatentum, das Ihr durch Euren mutigen Einsatz in Eurer Heimat vorgelebt habt.
4. Achtet Eigenheiten Eurer Gastgeber. Sie sind vielfach an andere Verhältnisse gewöhnt, als sie bei Euch zu Hause üblich sind. Klagen über fremde Bedingungen der neuen Umgebung führen zu Spannungen mit den Quartierleuten, die bei gutem Willen zu vermeiden sind.
5. Alle unsere Volksgenossen sind heute durch die vermehrten Leistungspflichten für den Kampf der Front und die Ernährung der Heimat in überreichem Maße in Anspruch genommen. Laßt Euch deshalb nicht bedienen, sondern helft Euch in allen Dingen Eurer Lebens- und Wohnungsordnung selbst.

   Denkt auch daran, daß Eure Gastgeber in allen Haushaltungsgegenständen überaus beschränkt sind. Deshalb geht mit den Gegenständen, die Euch Eure Gastgeber zur Verfügung stellen, sorgsam um und bringt selbst Haushaltungsgegenstände, die täglich gebraucht werden, soweit solche in Eurem Besitz sind, mit.
6. Versucht, soweit Ihr nicht einer eigenen beruflichen Tätigkeit nachgeht, zu helfen und Euch nützlich zu machen, wo Ihr könnt. Dadurch nützt Ihr Euch selbst am meisten, denn nur ein ausgefülltes Dasein befriedigt und hilft Euch über alles Schwere hinweg, das aus dem Schicksal der vergangenen Wochen und Monate Euer Denken und Sorgen erfüllt.
7. Wenn Ihr Euch in berechtigten Forderungen benachteiligt fühlt, wendet Euch an die Hoheitsträger der Partei. Sie sind die Vollstrecker der Gemeinschaftshilfe, die Euch in Eurer Not zuteil wird. Sie werden alle begründeten Beschwerden abstellen, so gut es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.
8. Vergeßt nie, daß Ihr zur großen Front der Kämpfer um eine bessere Zukunft unseres deutschen Volkes gehört.

Das Bild Eurer Haltung ist mitbestimmend für den Sieg!

Original

(Vor- und Zuname)

geb. am ... in: ...

... Kinder im Alter von ... Jahren

Staatsangehörigkeit ...

(Bisherige Anschrift)

(Vorläufige Unterkunft)

(Beruf) (Arbeitgeber)

(Anschrift des Arbeitgebers)

ist fliegergesch. – Totalschaden – Teilschaden – Personenschaden

und wird evakuiert nach: verbleibt am Ort.

Der Geschädigte ist ausgewiesen durch: Ausweis

Vermißte Angehörige:

..., den 25. 3. 1945

(Auffangsammelstelle)

Siegel

Ehefrau

Lichtbild

Unterschrift des Paßinhabers

und seiner Ehefrau

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

Wien, den 25. Mai 1939

PERSONENBESCHREIBUNG

Beruf: Kontoristin

Geburtsort: Budapest

Geburtstag: 31. Mai 191

Wohnort: Wien

Gestalt: mittelgroß

Gesicht: oval

Farbe der Augen: grau

Farbe des Haares: braun

Besond. Kennzeichen: /

KINDER

Name

Kennort:

Kennummer:

Gültig bis: 30. Oktober 1945

Name

Vornamen

Geburtstag

Geburtsort

Beruf

Unveränderliche Kennzeichen

Veränderliche Kennzeichen

Bemerkungen:

Gebühr ... RM

Geb. Buch Nr.

Rechter Zeigefinger

Linker Zeigefinger

(Unterschrift des Kennkarteninhabers)

31. OKT. 1940

Der Polizei-Präsident

(Ausstellende Behörde)

(Unterschrift des ausfertigenden Beamten)

Das Deckblatt sah wie folgt aus: *»später übergegangen in den Personalausweis«*

DEUTSCHES REICH

KENNKARTE

Name Name Nom Фамилия

Vorname Christian name Prénom Имя

Geburtstag Date of birth Date de naissance Дата рождения

Geburtsort Born at Lieu de naissance Место рождения

Königsgerg/Pr. / Ostpreußen

Staatsangehörigkeit Nationality Nationalité Гражданство

Deutsches Reich

Wohnsitz am 1. 9. 1939 domicile on 1. 9. 1939 domicile le 1. 9. 1939 Место жительства на 1. 9. 1939

Königsberg/Pr.

Wohnsitz u. Zeitpunkt vor (Flucht) Vertreibung Place and date before (flight) expulsion Domicile et date avant (fuite) expulsion Место жительства до (бегства) изгнания

Königsberg/Pr. Jan. 1945

Größe und Gestalt height and figure hauteur et taille Рост

Farbe der Augen colour of the eyes couleur des yeux Цвет глаз

Unveränderl. Kennzeichen invariable distinguishing marks marques permanentes Особые приметы

keine

Gegenwärt. Wohn- od. Aufenthaltsort present place of residence résidence permanente Местожительство

Deutsches Reich

Germany

Allemagne

Германия

Personalausweis

Identity Card

Carte d'Identité

Удостоверение личности

Notverwaltung des Deutschen Ostens

Administration of Eastern Germany

Administration d'Allemagne d'Est

Временное Управление германскими восточными областями

№ 0000665

Die Nazis sind die Erfinder der Kennkarte, die man als Vorläufer des Personalausweises bezeichnen kann und diese wurde 1938 eingeführt.

Das Mitführen dieser Kennkarte wurde für Juden zwingend. Ab 1939 wurde der Fingerabdruck in den okkupierten Gebieten eingeführt und mit dem Beginn des 2. Weltkrieges überhaupt erst die Personalausweispflicht eingeführt.



»Am 10.09.1939 erschien im Reichsgesetzblatt die Verordnung über den Pass- und Sichtvermerkszwang sowie über den Ausweiszwang.«

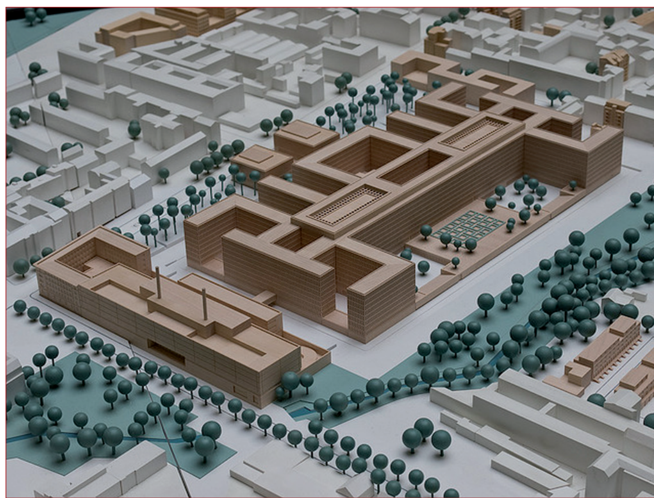
Von hier haben die Wegbereiter und Vollstrecker der NWO ihre Anleihen oder besser – es sind immer noch die gleichen Leute oder deren Erben. Nur dass jetzt biometrische Daten digitalisiert werden. Wo früher der Weltkrieg als Grund diente, ist es heute der vermeintliche Kampf gegen den Terror.

DAS IST DIE SCHÖNE NEUE WELT MIT DIGITALEN PÄSSEN, GELDWÄSCHEGESETZEN, PATRIOT ACT USW., WOGEGEN SICH GESTAPO UND STASI ALS EIN LAIENSPIELTHEATER AUSNAHMEN.



◆ Vor 1938 gab es keine Ausweispflicht. Es gab Register, Wappen, Orden, Urkunden, Zunftzeichen, auch Ausweise, in der Regel Pässe, aber keine Pflicht dazu.

Die ehemalige Gestapozentrale sowie die Stasizentrale verhalten sich gegen das Modell und der Baustelle der neuen BND-Hochburg in Berlin (Baukosten 1,8 Mrd. € auf einer Fläche von 35 Fußballfeldern, nach unten in 8 Etagen) wie eine Cessna zum Jumbo.



»Schöne neue Welt!«

Übrigens spiegelt sich das auch von den Mitarbeitern her. Liest man einschlägige Literatur, beschäftigte die Gestapo in Nazideutschland, also auf 1/3 mehr Fläche, offene Diktatur und später echter Kriegszustand ca. 7.000 Mitarbeiter, so sind es in der „freiheitlichen Demokratie“ und im „Frieden“ der BRD im BND, MAD und Verfassungsschutz zusammen ca. 9.000 Mitarbeiter.

»Erstaunlich!«



// Kosten: 1,8 Milliarden Euro, der 2006 eröffnete Berliner Hauptbahnhof kostete 1,2 Milliarden Euro

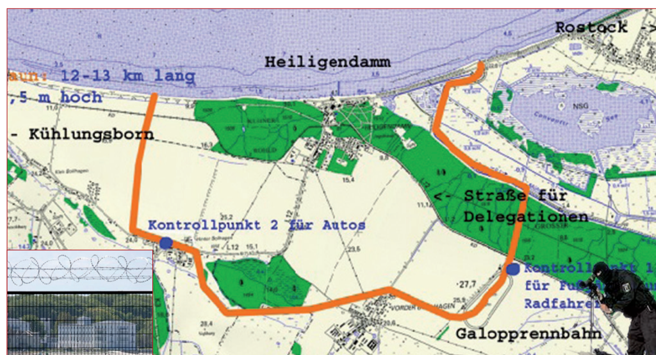
Liest man „Rosen für Apoll“ des hervorragenden deutschen Historikers Joachim Fernau, wird man feststellen, dass die glücklichste Zeit des griechischen Volkes die Zeit der Tyrrannis war.

»Erst in Zeiten der vollendeten Demokratie schlugen sich die griechischen Völker vorzugsweise sogar untereinander die Köpfe ein.«

In den Zeiten der Tyrrannis wandelten die griechischen Tyrannen einfach gekleidet, ohne Personenschutz durch die Welt und unter ihrem Volk und genossen hohes Ansehen.

◆ ◆ ◆

Wenn in den „freiheitlichen“ Demokratien der sogenannten westlichen Wertegemeinschaften ein Stelldichein der sogenannten Volksvertreter stattfindet, dann beobachten wir Bannmeilen, Scharfschützen auf allen Dächern und zugeschweißte Gullydeckel.



»G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, 12 Kilometer langer Zaun, 2,5 bis 3 Meter hoch, 10 – 12 Mio. € teuer, für ein ungestörtes Arbeiten ohne Belästigung durch das Volk.«

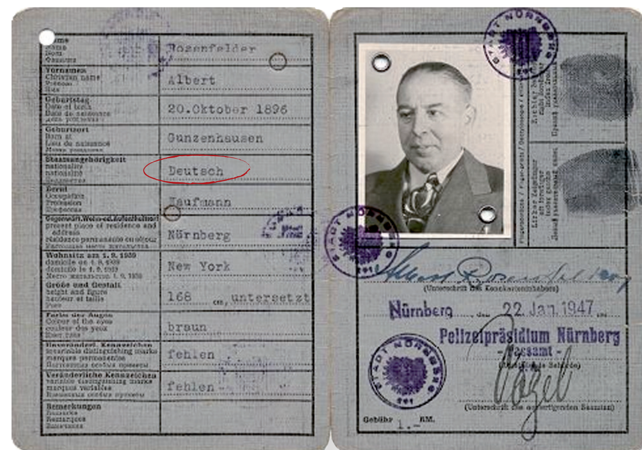


»Staatliche Verbarrikadierungsmaßnahmen, anlässlich des Bush-Besuches in Stralsund und Mainz aus dem gleichen Jahr.«

Fairerweise muss man dazu sagen, dass man heute gefahrloser solch ein Papier schreiben kann, als zur NS-Zeit. Offene Diktatur ist nicht gut und am Ende sehr ungesund für die Diktatoren.

◆ Heute ist man da viel effektiver und eleganter, denn das Ausschalten missliebiger Meinungen und Menschen erfolgt über die Medien via Polarisierung und Stigmatisierung, über Rechteverwertung und copyright (ACTA lässt grüßen), über Political Correctness und Selbstzensur via Manipulation und Konditionierung.

Weiter geht es mit einem Dokument aus der Nachkriegszeit:



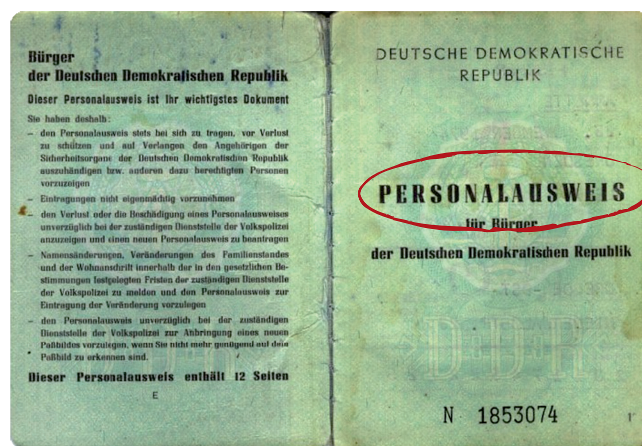
Name	Rosenfelder
Vornamen	Albert
Geburtstag	20.Oktober 1896
Geburtsort	Gunzenhausen
Staatsangehörigkeit	Deutsch
Beruf	Kaufmann
Gegenwärt. Wohn- od. Aufenthaltsort	Nürnberg
Wohnsitz am 1. 9. 1939	New York
Größe und Gestalt	168 cm, untersetzt
Farbe der Augen	braun
Unveränderl. Kennzeichen	fehlen
Veränderliche Kennzeichen	fehlen
Bemerkungen	

(Unterschrift des Kennkarteninhabers)

Nürnberg, den 22. Jan. 1947

Polizeipräsidium Nürnberg
- Passamt -

Gebühr 1.- RM.



Bürger
der Deutschen Demokratischen Republik

Dieser Personalausweis ist Ihr wichtigstes Dokument

Sie haben deshalb:

- den Personalausweis stets bei sich zu tragen, vor Verlust zu schützen und auf Verlangen den Angehörigen der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik auszuhändigen bzw. anderen dazu berechtigten Personen vorzuzeigen
- Eintragungen nicht eigenmächtig vorzunehmen
- den Verlust oder die Beschädigung eines Personalausweises unverzüglich bei der zuständigen Dienststelle der Volkspolizei anzuzeigen und einen neuen Personalausweis zu beantragen
- Namensänderungen, Veränderungen des Familienstandes und der Wohnanschrift innerhalb der in den gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Fristen der zuständigen Dienststelle der Volkspolizei zu melden und den Personalausweis zur Eintragung der Veränderung vorzulegen
- den Personalausweis unverzüglich bei der zuständigen Dienststelle der Volkspolizei zur Anbringung eines neuen Paßbildes vorzulegen, wenn Sie nicht mehr genügend auf dem Paßbild zu erkennen sind.

Dieser Personalausweis enthält 12 Seiten

E

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

PERSONALAUSWEIS
für Bürger
der Deutschen Demokratischen Republik

DDR

N 1853074

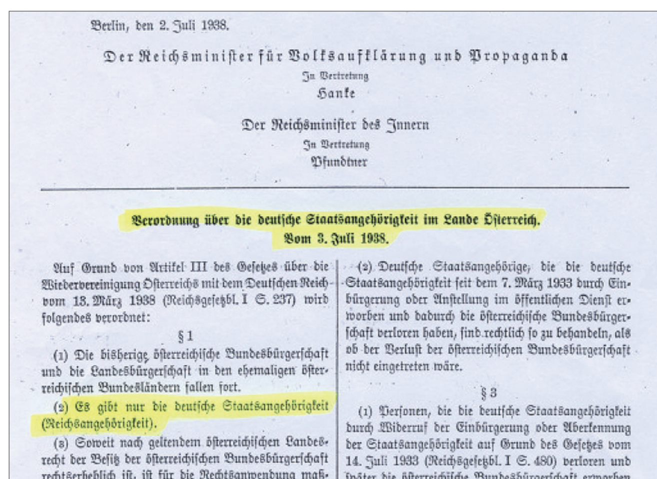
Die DDR hatte auch nur Personal, meinte aber, eine „Staatsangehörigkeit DDR“ für sich zu reklamieren, was sie nicht haben konnte, denn in Ihrer 1. Verfassung von 1949 stand gleich im 1. Artikel (4):

„Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. …“

Die gleiche braune Soße. In den Novellierungen gab es dazu keine Aussagen mehr.

◆ Die DDR war genauso ein Besatzerkonstrukt wie die BRD, hier sogar physisch deutlicher spürbarer, deswegen plumper.

»Einschub Österreich:«



Berlin, den 2. Juli 1938.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
In Vertretung
Hanke

Der Reichsminister des Innern
In Vertretung
Pfundtner

**Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich.
Vom 3. Juli 1938.**

Auf Grund von Artikel III des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die bisherige österreichische Bundesbürgerschaft und die Landesbürgerschaft in den ehemaligen österreichischen Bundesländern fallen fort.

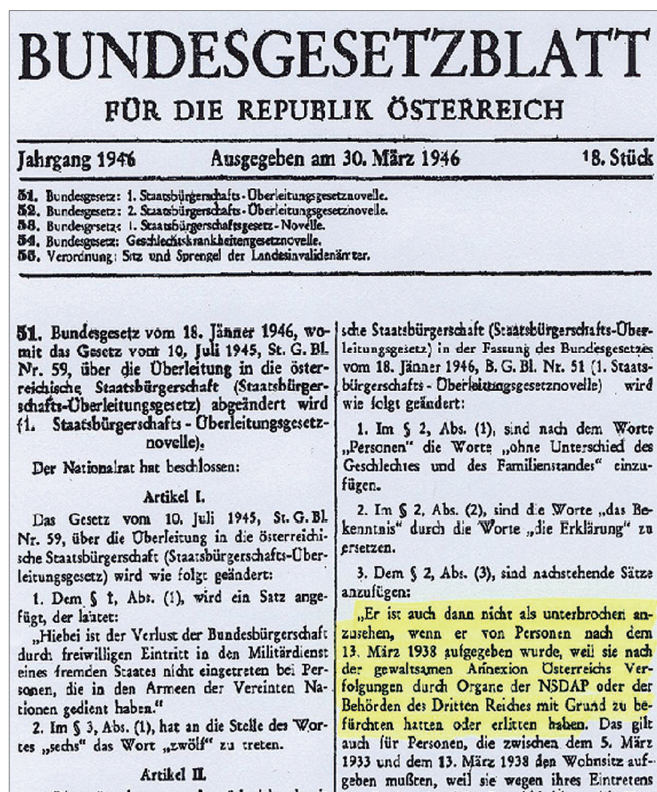
(2) Es gibt nur die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

(3) Soweit nach geltendem österreichischen Landesrecht der Besitz der österreichischen Bundesbürgerschaft rechtserheblich ist, ist für die Rechtsanwendung maß-

(2) Deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit seit dem 7. März 1933 durch Einbürgerung oder Anstellung im öffentlichen Dienst erworben und dadurch die österreichische Bundesbürgerschaft verloren haben, sind rechtlich so zu behandeln, als ob der Verlust der österreichischen Bundesbürgerschaft nicht eingetreten wäre.

§ 3

(1) Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Widerruf der Einbürgerung oder Aberkennung der Staatsangehörigkeit auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 480) verloren und später die österreichische Bundesbürgerschaft erworben



BUNDESGESETZBLATT
FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1946 | Ausgegeben am 30. März 1946 | 18. Stück

51. Bundesgesetz: 1. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetznovelle.
52. Bundesgesetz: 2. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetznovelle.
53. Bundesgesetz: 1. Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle.
54. Bundesgesetz: Geschlechtskrankheitengesetznovelle.
55. Verordnung: Sitz und Sprengel der Landesinvalidenämter.

51. Bundesgesetz vom 18. Jänner 1946, womit das Gesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 59, über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz) abgeändert wird (1. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetznovelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 59, über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1, Abs. (1), wird ein Satz angefügt, der lautet:

„Hiebei ist der Verlust der Bundesbürgerschaft durch freiwilligen Eintritt in den Militärdienst eines fremden Staates nicht eingetreten bei Personen, die in den Armeen der Vereinten Nationen gedient haben."

2. Im § 3, Abs. (1), hat an die Stelle des Wortes „sechs" das Wort „zwölf" zu treten.

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt rückwirkend mit

...sche Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 18. Jänner 1946, B. G. Bl. Nr. 51 (1. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetznovelle) wird wie folgt geändert:

1. Im § 2, Abs. (1), sind nach dem Worte „Personen" die Worte „ohne Unterschied des Geschlechtes und des Familienstandes" einzufügen.

2. Im § 2, Abs. (2), sind die Worte „das Bekenntnis" durch die Worte „die Erklärung" zu ersetzen.

3. Dem § 2, Abs. (3), sind nachstehende Sätze anzufügen:

„Er ist auch dann nicht als unterbrochen anzusehen, wenn er von Personen nach dem 13. März 1938 aufgegeben wurde, weil sie nach der gewaltsamen Annexion Österreichs Verfolgungen durch Organe der NSDAP oder der Behörden des Dritten Reiches mit Grund zu befürchten hatten oder erlitten haben. Das gilt auch für Personen, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 den Wohnsitz aufgeben mußten, weil sie wegen ihres Eintretens für die demokratische Republik Österreich Ver-

Mit Anschluss Österreichs 1938 erfolgte auch dort die Gleichschaltung, indem unmittelbar danach die „deutsche Staatsangehörigkeit" eingeführt wurde.
Der Anschluss erfolgte übrigens mit einem Votum der Bevölkerung von jenseits 90 %.

Bereits im Jahre 1945 wurde dieses Gesetz wieder novelliert und die Österreicher erhielten ihre Staatsangehörigkeit zurück, so dass bis zur Gleichschaltung in der EU dieser Ausweis so aussah:





»Kein Personal und echte Staatsangehörigkeit, denn die Österreicher wurden 1945 von der „deutschen Staatsangehörigkeit" befreit, wir nicht! Interessant, oder?«

»Und nun zu unseren Ausweisen in der BRD heute:«

Schauen Sie bitte auf die Veränderungen bei der ausstellenden Behörde!
Wir sind mittlerweile so gehirngewaschen, dass die Verschwörung oder Privatisierung von der Begrifflichkeit her offen vorgetragen werden kann, ohne Reaktionen oder Reklamationen der Menschen zu befürchten, genauso wie aus Amtsgerichten schleichend Justizcenter und aus Arbeitsämtern Jobcenter werden.

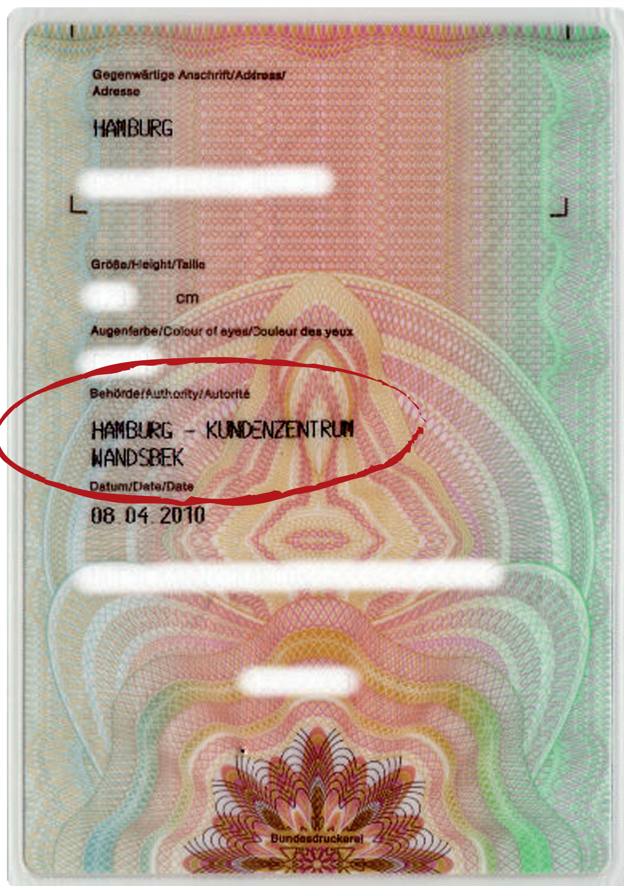
Wir haben auch kein Gesetz gefunden, mit dem es verboten wäre, eine Firma „Finanzamt"

zu nennen. Wenn Sie glauben, dass es ein Amt ist, dann ist es Ihr Problem, besser Ihre Konditionierung. Schauen Sie ins Impressum im Internet, dort ist immer alles korrekt angegeben, keine Amtsvorsteher, sondern nur Geschäftsführer, wie in jeder ordentlichen Firma.

Zu den Ausweisen:

// bisheriger Personalausweis







// neuer Personalausweis





// ganz neu, dann so



»Beispiele für die schleichende Ausdehnung dieses Übels auf die EU:«

Hier der neue Ausweis für Österreich. Staatsangehörigkeit der Person nicht mehr explizit erwähnt und auch schon einmal zum Personal geworden.

Personal und Belgierin?





Sieht so der Wechsel aus, nur Fassade hinter dem immer gleichen Kern?



»Fallen Sie nicht mehr auf diese Marionetten herein, Sie arbeiten in der Regel für die gleichen Auftraggeber.«

Nur in einer kleinen Pressemitteilung des Presseanzeigers hat jemand etwas bemerkt:

PRESSE ANZEIGER
Das freie Presse & Medien Portal

www.presseanzeiger.de

Nazi-Staatsbürgerschaftsgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt

2011-06-19 14:42:33

(PA) Franco-Gegner Gonzales erhält Point-Alpha-Preis - Keine Denkanstöße zum 17. Juni

Leipzig/Eisenach/Geisa(Rhön). Das sogenannte Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland gerät weiter ins Zwielicht. Es wird nun in den Strudel des Rechtsextremismus gezogen. Mit dem vor wenigen Monaten geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz vom 8. Dezember 2010 hat der Bundesgesetzgeber diesen fundamentalen Rechtsbereich nunmehr auf die Basis eines Gesetzes aus der Zeit des Nationalsozialismus gestellt. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nunmehr nicht wie bisher auf das entsprechende Gesetz aus dem Jahr 1913 zurückgeführt, sondern auf den Sockel eines von den Nationalsozialisten verabschiedeten Gesetzes vom 5. Februar 1934 gesetzt. Damit werden Bürger, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, automatisch einem NS-Gesetz unterworfen. Damit der skandalöse Schwenk keine öffentlichen Wellen schlägt, wurde er stillschweigend vollzogen und ist nur im nichtamtlichen Teil der Bundesdrucksachen zu finden.

Aber ein gleich lautender Hinweis findet sich schon in der Änderung im Jahre 2005:

Hier die Änderungen im StAG von 2010 mit den entlarvenden Erläuterungen, die dem § 1 vorangestellt sind:

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

„Fußnote
Textnachweis Geltung ab: 01.011980 Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1Nr.1 G v. 15.07.1999 I 1618 mWv 01.01.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1G v. 15.07.1999 I 1618 mWv 01.01.2000 Die Bedeutung der Begriffe „Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne des G hat sich geändert. An die Stelle der „Reichsangehörigkeit „ ist gem. § 1V v. 05.02.1934 102-2, Art.116 Abs. 1GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die „Reichsangehörigkeit" vermittelnde „Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten – seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern – ist durch § 1V v. **05.02.1934** beseitigt worden"

Sammlung des Bundesrechts

Bundesgesetzblatt

Teil III

Postverlagsort Berlin 1. August 1959 Folge 6

Sachgebiet 1 Staats- und Verfassungsrecht

102–1 Staatsangehörigkeitsgesetz

geänd	geänd
02,1987	02,3329

102–1

102-1	102-1	102-1	102-1	102-1	102-1	102-1
geänd	geänd	geänd	geänd	geänd	geänd	geänd
74,3714	77,1102 Art 4	86,1154	93,1072	97,1433 97,2849	97,2950	99,1618

102-1	102-1
geänd	geänd
01,271	01,3308

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz *

Vom 22. Juli 1913

Reichsgesetzbl. S. 583

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1 *

Deutscher ist, wer die . . . unmittelbare *Reichs*angehörigkeit . . . besitzt.

§ 6 *

(1) Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu.

aufgeh
99,1623
A 4 Z 1

102–2

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit

Vom 5. Februar 1934

Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 6. 2. 1934

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit *(Reichsangehörigkeit).*

§ 2

Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des *Reichs.*

» 1913 StAG = StAG 1934 «



BUNDESPRÄSIDIALAMT

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Edgar Fischer

BERLIN, 27. September 2007
Spreeweg 1

Geschäftszeichen: Z6
(bei Zuschriften bitte angeben)

Entgegen Ihrer Ansicht gibt es selbstverständlich die deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. § 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes). Im Sprachgebrauch (so auch im Staatsangehörigkeitsgesetz) spricht man von der deutschen Staatsangehörigkeit.

ein Blick in die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934, die in § 1 bestimmte, dass die Staatsangehörigkeit in den Ländern fortfällt und es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt. Also auch im deutschen Reich wurde von deutscher Staatsangehörigkeit gesprochen.

FAZIT:

Aus dem Kaufhaus rannte der ertappte Dieb und schrie am lautesten: Haltet den Dieb!

◆ Die Staatsangehörigkeit: „DEUTSCH“ und die „deutsche Staatsangehörigkeit“ sind die Anwendung und konkrete **Fortsetzung von Nazigleichschaltungsgesetzen in der Bundesrepublik Deutschland** und bedeutet in der direkten Auslegung der Gesetze und seiner Änderungen die komplette Entmachtung, Entrechtung und Heimatlosigkeit aller Deutschen Völker und Stämme.

Hieraus lassen sich alle für uns scheinbaren Rechtsverletzungen erklären, die in Wirklichkeit, nach Abbau der Täuschung und unter Weglassung der Rechtsshowprogramme, für die Menschen keine wirklichen Rechtsbrüche sind.
Denn wie wollen Sie als Mensch, angeblicher Souverän und Bürger, Rechte wahrnehmen, die Sie nicht haben können.

»Deswegen ist die Frage nach dem eigenen Status so wichtig!«

Menschen und Personen werden gefragt, Personal und Sklaven, noch dazu ohne Heimat, werden angewiesen. Was steht in Ihren Ausweisen genau, die Sie übrigens selbst beantragt haben und diese Unterwerfungserklärung Sie alle 10 Jahre wiederholen? Nun müssen Sie sich auch über die Erfolglosigkeit aller großen Protestbewegungen nicht mehr wundern.

◆ ◆ ◆

DIE RECHTSGRUNDLAGE DER BRD SIND NAZIGLEICHSCHALTUNGSGESETZE UND DEREN ANWENDUNG BIS HEUTE, VOR ALLEM IN DEM SO WICHTIGEN GESETZ ÜBER DIE STAATSANGEHÖRIGKEIT.

»Die Anwendung von Nazi Gesetzen ist aber nach alliierten Gesetzen verboten. Eigens dafür gibt es ein Verordnungsblatt Nr. 1 vom 10.07.1945. Dieses finden wir auch gleich im SHAEF-Gesetz Nr.1 Artikel III / 4.«

Militärregierung – Deutschland
Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers

Gesetz Nr. 1

Aufhebung Nationalsozialistischer Gesetze

Artikel III - allgemeine Auslegungsvorschriften

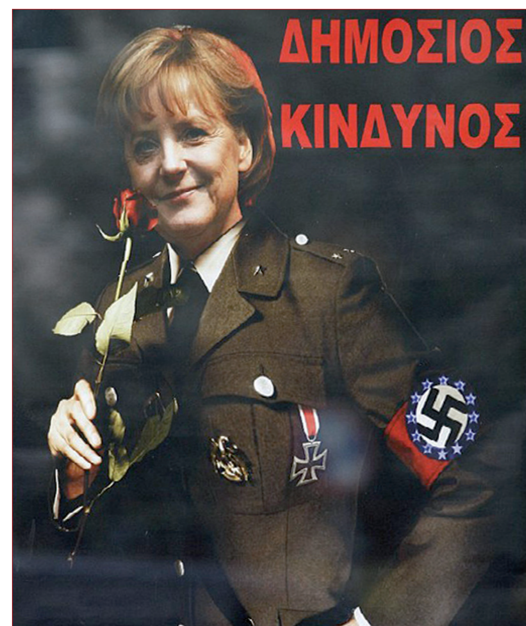
4. Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.

Die Klärung dieser Frage ist sozusagen die Voraussetzung der Klärung aller anderen Fragen und Probleme, wie EU, ESM, EURO etc.

Es wäre der Anfang vom Ende der NWO, für die die BRD momentan der Motor ist. Der Nazi-Motor BRD ist die Kraftpumpe der EU – Gleichschaltung, weil diese im Kern das gleiche Programm beinhaltet - Privatisierung und Endstaatlichung allen Rechts.

Immer mehr Menschen in unseren Nachbarstaaten fühlen das und empfinden Deutschland als eine Bedrohung, obwohl die deutschen Völker die Zahlmeister der Welt sind. Dieses Gefühl ist berechtigt, wenn auch die Ursachen anders sind, als die meisten denken. Fakt ist aber, dass die deutschen Völker dadurch auf der einen Seite wirtschaftlich ausbluten und sich zusätzlich noch den Hass anderer Völker zuziehen. Ein teuflisch genialer Plan, auf diese Weise wieder einmal die Völker aufeinander zu hetzen.

»Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung, dem ein Ende zu setzen.«



// Ein Straßenposter aus Griechenland

» Verfall-Organigramm «

Der heimatlose DEUTSCH gilt für die Heimatländer als verloren,
wenn der Verlust der LandesStaatsAngehörigkeit nicht angezeigt wird

1913 - 1818	1919 - 1933	1934 - 1945	1949 - 1989	1990 - heute
Heimat Reich	**Weimarer Republik**	**Deutschland**	**BRD**	**BRDDR Staat Deutschland ?**
Staatsgrenzen DR	**Ländergrenzen**	**Verwaltungsgrenzen**	**Verwaltungszone**	**Verwaltungszone**
~~Ro~~**StAG (08.12.2010)**	**LstA**	**R = StAG**	**R = StAG**	**StAG vom 08.12.2010***
Kolonie / ~~Inland~~	**Inland**	**Kolonie**	**Kolonie / SchGG**	**Kolonie / SchGG**
~~Heimatstaaten~~	**Heimatländer**	**Heimatlos**	**Heimatlos Kriegslist**	**Heimatlos / Kriegslist**
RA / ~~BStA~~	**LStA**	**DR / Deutsch**	**Deutsch**	**DEUTSCH**
Staatsvölker	**Staatsvölker**	**Das deutsche Volk komplett**	**Volk entrechtet**	**Volk entrechtet**
Reichsverfassung	**Weimarer Verfassung**	**StaatsGrundGesetz**	**GrundGesetz**	**2007 GG = Verfassung ? EU**
SchGG / Kolonie	**Versailler Diktat**	**Neues Staatsrecht**	**SHAEF / AHK**	**SHAEF / AHK / SMAD**
SchutzGebietsGesetz	**LStA LandesStA**	**BR RG / NaZi Gesetze**	**1945 Kriegslist**	**BR BG**
	BR = Bereinigung	**RG** = Reichsgesetze	**HLKO Art. 24**	**BG** = Bundesgesetze

GLEICHSCHALTUNG **Kolonie R = StAG 1934** StA **DEUTSCHES REICH** / DEUTSCH

*GLEICHSCHALTUNG **1913 StAG = StAG 1934** vom 08.12.2010 **Kolonie** StA **DEUTSCH** Der Lotse geht an Bord

Heimat ist ein Paradies

»Die Metamorphose unserer Staatsangehörigkeit am Beispiel des § 1 RuStAG in den § 1 des nun auch neu benannten Gesetzes StAG«

22.07.1913 „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt."

05.02.1934 „Deutscher ist, wer die … unmittelbare Reichsangehörigkeit … besitzt."

15.07.1999 „Deutscher ist, wer die (…) unmittelbare Reichsangehörigkeit (…) besitzt."

21.08.2002 „Deutscher ist, wer die … unmittelbare /*Reichs*/ angehörigkeit … besitzt."

14.03.2005 und 08.12.2010 „Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt."

Die Urkunde „Staatsangehörigkeitsausweis"

Wer nicht glauben möchte, was hier steht, obwohl die Gesetze, Dokumentenbeispiele und Reaktionen aus Behörden, die wir schon getestet haben, erdrückend sind, der kann selbst schnell und einfach zur Tat schreiten.

Wie gesagt, nur so kommt man in echtes Wissen. Wer zunächst diese Staatsangehörigkeitsgeschichte überprüfen möchte, dem empfehlen wir doch diese Urkunde einmal zu beantragen (Kosten 25.- €). Man könnte dieser Versuchung auch bei folgender Veröffentlichung unterliegen, die wir auf der Seite des Innenministeriums von Bayern gefunden haben:



Grundgesetz Artikel 116:

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt…"






Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland trat am 23. Mai 1949 in Kraft.

Warum heißt es eigentlich Grundgesetz für die Bundesrepublik und nicht Grundgesetz der Bundesrepublik?

Hier erst einmal ein optischer Urkundenvergleich zum Ausweis der „Deutschen Staatsangehörigkeit“:



Deutsches Reich

Staatsangehörigkeitsausweis

(Zur Benutzung im Inland)

D. ....

....

geboren am .... 1......... in ....

besitzt die Reichsangehörigkeit.

.............................., den .... 2 ....



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

geboren am | in

Wohnort

ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

-entfällt-

Ort, Datum

Anklam, den 24.02.2009

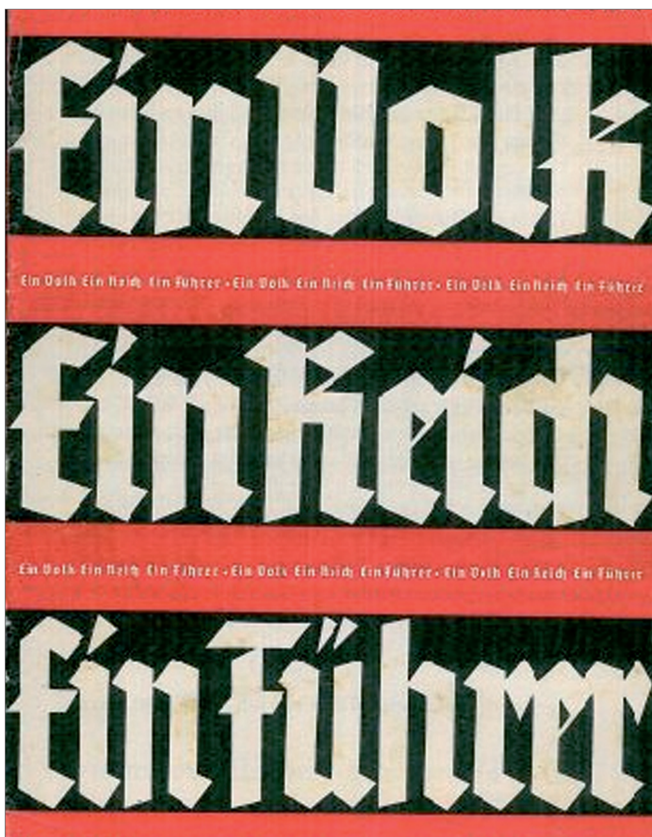
Landkreis Ostvorpommern
-Die Landrätin-

Im Auftrag

Scheffler

Art.-Nr. 10 005

Bundesdruckerei





DER SPIEGEL

Grundvertrag der Deutschen

Ein Volk?
Ein Reich?
Eine Nation?

Für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Deutsche Demokratische Republik

Wenn Sie sich zur Abholung des Dokuments Ihre Wartenummer in der Behörde ziehen und zwischen vielen Globalisierungsopfern aus aller Welt sitzen und warten, bis Sie aufgerufen werden, und in diesen Minuten genau beobachten und selbst denken, lernen Sie in dieser Zeit mehr über Staats- und Völkerrecht und über unser Rechts- und Wirtschaftssystem, als in ein paar Jahren Studium an unseren Schulen und Universitäten.

Warum? Unsere Argumentationslinie beweisend, sitzen Sie nämlich immer auf der Ausländerbehörde des Ordnungs/Einwohnermeldeamtes zur Abholung Ihrer Urkunde der "deutschen Staatszugehörigkeit". Ist halt so – sagt der Einfältige und schaut weiter in den Flatscreen.

Die Ausbürgerung, durch GG-Artikel 116 ohnehin gegeben, wird hier fühlbar noch einmal „amtlich bestätigt".

Das hat schon etwas. Und unsere Professoren an den Unis und auf Vorträgen erzählen Ihnen wichtige und bedeutende Dinge. Die sind oft richtig, immer perfekt, manchmal brilliant vorgetragen und vor allem wissensgeballt und fast immer genauso unbrauchbar und realitätsfern.

Bei kritischer Betrachtung entpuppen sich die vorherrschenden Lehrmeinungen oft als das, was sie sind – *Leermeinungen*.

»Die Klagen gegen den ESM etc. vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern aus unserer Sicht folgerichtig, weil die Kläger als Personal gegen ein NGO-Firmenkonsortium mit Staats- und Völkerrechtsargumenten antreten.«

Falscher Vortrag und ungenügende eigene Rechtsposition – das ist alles! Setzen – durchgefallen - peinlich - möchte man sagen. HGB, BGB, UCC (Uniform Commercial Code, Admirality Law) – dort sollte man es versuchen, wenn man denn kämpfen möchte.
Wie sagten schon die alten Chinesen:

◆ *„Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft."* *aus China*

Sind diese Prozesse nicht auch Teil des Showprogrammes und werden deswegen die Verfassungsklagen auch gern angenommen? Da nun alles als rechtmäßig durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde, können die Abgeordneten des Bundestages ihre Hände in Unschuld waschen und Verantwortung delegieren.

»Artikel 15 Allgemeine Menschenrechtserklärung der UNO«



1. *Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.*

2. *Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen, noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.*

Genau das taten die Nazis und genau das wird, in und mit der BRD bewiesen, fortgeführt!

Um es optisch noch einmal besser darzustellen:

(15/1) Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

Staatsangehörigkeit		Staatsangehörigkeit
Heimat		Kolonie
Vom Inland	zum →	Ausland
StA Inland		StA Ausland
Heimatangehörigkeit		Kolonieangehörigkeit
Urkunde 146 LStA		
		Gleichschaltung 1934
		Gleichschaltung 1949

Gleichschaltung 2010 BGBl. Teil III 1959

Staatsangehörigkeit 1934 StAG 1913

»Der Artikel 20 Satz 2 der Erklärung der Menschenrechte«

„Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören."

Die BRD ist eine Vereinigung, zu der wir, die meisten unwissentlich, gezwungen werden.

Wenn Sie zu den Gleichschaltungsbehörden gehen und erklären, dass Sie hier nicht mehr mitmachen, lernen Sie auf jeden Fall, was man dort unter Freiheit versteht.

Deren Hauptproblem ist:
„Man hat dort kein Formular dafür. Es ist also nicht vorgesehen."

◆ Wir sind übrigens überzeugt, dass auf dieser Welt die Menschenrechte eingehalten werden, allerdings für Menschen, dies sind wir juristisch nicht!

Dazu sollte man sich erklären, denn aus unseren Ausweisen geht das ganz klar nicht hervor.

»Wie gesagt – niemand gibt uns die Freiheit! Wir dürfen sie uns erobern.«

Dass es dabei Prüfungen gibt, ob man es damit wirklich ernst meint, können wir verstehen und tolerieren.

◆ ◆ ◆

»Artikel 6 der Erklärung der Menschenrechte«

„Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."

Trotz alliierten Verbots wird das Nazi – Rechtsberatungsgesetz vom 13.12.1935 in der BRD angewandt und man bringt uns ungeachtet dieses Menschenrechtsartikels in den Anwaltszwang.

So ist das nun einmal mit den Menschenrechten, sie gelten eben nur für Menschen. Also auch hier braune Soße.



»Artikel 139 Grundgesetz«

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

D.h. eine Entnazifizierung dürfen nur die Alliierten vornehmen. Deswegen ist streng genommen alles rechtsmäßig.

»SELBST DIE OFFENSICHTLICHE TÄUSCHUNG IM RECHTSVERKEHR IST JURISTISCH LEGITIM. DEUTSCHLAND (WAS DAS IST, DARAUF KOMMEN WIR NOCH) HAT BIS HEUTE KEINEN FRIEDENSVERTRAG.«

D.h. es gilt die Haager Landkriegsordnung von 1907. Unterzeichner waren alle großen Nationen der damaligen Zeit, wie etwa USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland (1910), Russland, Italien etc.

Dort finden wir vieles, was den kriegsführenden Parteien verboten ist, aber auch einiges, was ihnen erlaubt ist.

Der Artikel 24 Haager Landkriegsordnung lautet:

„Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt."

Im Verlaufe unserer Recherchen mussten wir immer wieder schluckend zur Kenntnis nehmen:

1. *Das Recht ist nur für den Wissenden da.*

2. *Das Recht gibt die Regel vor. Durch Regel entsteht kein Recht, welche auch als Statuten im Römischen Recht wiedergegeben sind.*

Da wir uns nun selbst Kenntnis von diesen Dingen erarbeitet haben, sind wir gesetzlich verpflichtet, Abhilfe zu leisten. Dies erreichen wir, indem wir mit der Urkunde, die Sie am Schluss des Heftes (im Einband) finden:

a) den Verlust der Heimat anzeigen

b) unsere Entnazifizierung bei den Alliierten beantragen (nur diese können sie vornehmen) und

c) mit der Beglaubigung unserer Unterschrift unter dieser Urkunde in der Behörde dieses Problem dort hineintragen.

»Bisher war es so, das selbige Mitarbeiter versuchten, Menschen, die dort wegen der Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“, wegen Selbstverwaltung, Personenstand etc. vorsprachen, in die „rechte“ Ecke zu schieben oder gleich mit der Nazi-Keule drohten.«

Es ist immer anders herum, als man gerade denkt, schrieben wir am Anfang unseres Heftes. Schön, wenn man in den Behörden und „Ämtern“ nun auch diese Erfahrung machen darf.

Das führt unweigerlich dazu, dass sich Menschen entscheiden dürfen. Denn auch in den sogenannten Behörden hat man schon von „Amts“ wegen die Pflicht, Abhilfe bei Kenntnis zu leisten.

Es gibt dazu in den Gesetzen die sogenannte Remonstrationspflicht (BGB § 63). Mit diesem Heft läuft die frühere beliebte Ausrede nicht mehr:

„Der Führer ist es gewesen, wir wussten von nichts.“

Die Erkenntnis, dass es sich ja um kein Amt handelt, macht es für die dort Beschäftigten nicht gerade gemütlicher, denn weil es seit dem 29.10.1982 keine Amtshaftung gibt, haftet man dort persönlich, privat nach BGB § 839 (Haftung für die Ausführung im Amt) und nach BGB § 823 (Haftung Kraft Verschulden).

Diese Amtshaftung wurde am 01.01.1982 eingeführt und dann am 29.10.1982 vom Bundesverfassungsgericht der BRD wieder einkassiert, nachdem die „Wende zur geistig moralischen Erneuerung“ von Helmut Kohl eingeleitet wurde.

»Da es sich bei der BRD zweifelsfrei um eine Verwaltung (NGO) handelt, hat diese Verwaltungsvorschriften und Bundesverwaltungsverfahrensgesetze. Nach § 34 Verwaltungsverfahrensgesetz ist dort doch glatt die Möglichkeit, Unterschriften auf Urkunden zu beglaubigen, vorgesehen. Dies wird in der Folge schon fast zwingend, wenn es diese Beglaubigungen an verschiedenen Orten schon gibt (Gleichbehandlungsgrundsatz).«

Und nicht zu vergessen, dass Unterschriften auf Dokumenten von und für Behörden zu beglaubigen sind.

◆ Um es deutlich zu sagen, es geht um die Beglaubigung der Unterschrift auf einer Urkunde, nicht um die Beglaubigung der Urkunde.

Uns interessiert überhaupt nicht deren Meinung zu unserer Urkunde, denn sie ist eine Proklamation unsererseits, indem wir vollkommen umgangs- und gesetzeskonform in Umsetzung des Grundgesetzartikels 146 die Verfassung vom 11. August 1919 annehmen.

Wie praktisch, die ist schon da, anerkannt und gültig. Wir müssen also anfangs nichts Neues erfinden. Die „BRD-Behörden“ sollen uns nur bestätigen, dass wir unsere Unterschrift in Verbindung mit der Nummer des Ausweisdokumentes vor dem „Amtsträger“ geleistet haben. Daselbst wurden uns diese Ausweise „DEUTSCH“ angedreht, andere bekommen wir momentan nicht, dann muss die „Behörde“ sich auch an ihr Recht und Verfahrensgesetz halten.

Das ist ein Verwaltungsakt. Damit habe ich also gleichzeitig einen Antrag auf Entnazifizierung gestellt, den ich der für die Entnazifizierung zuständigen Siegermacht Russland (in Nachfolge für die untergegangene Sowjetunion) zustelle, und der BRD die Aufkündigung meiner NGO/Firmenzugehörigkeit erklärt.

»Es ist uns ein Anliegen, die dort Beschäftigten genauso zu erreichen, wie die Polizei, die Bundeswehr und den normalen Bürger. Wir sind es nämlich alle gemeinsam, die dieses Problem, besser gesagt – Herausforderung - eint.«

Es wäre schön, wenn man in den Behörden die Verantwortung begreift, nicht nur einen Job zu haben, sondern ein Beruf auszuüben. Beruf kommt von Berufung.

Die Damen und Herren vom Verfassungsschutz könnten ihrem Namen eine Ehre erweisen und dahin gehend Anstrengungen unternehmen, dass es in Deutschland endlich überhaupt wieder eine Verfassung gibt, die sie dann auch wirklich schützen dürfen. Die müssen sie nicht einmal schreiben, die gibt es schon und sie ist von den Alliierten anerkannt und gültig.

◆ Sie ist vom 11. August 1919 und nennt sich Weimarer Verfassung.

Wir wissen übrigens, dass die Weimarer Verfassung verbesserungswürdig ist, aber es geht darum, einen Schritt nach dem anderen zu tun.

Das wäre für den Verfassungsschutz beispielsweise sinnvoller als Nazis an Stellen zu jagen, wo es gar keine gibt und an den Stellen, wo wir sie vermuten, auf beiden Augen blind zu sein. Im Angesicht alter Nazi-Personalverstrickungen fängt man mit der Nazi-Suche am besten im eigenen Hause an.

»Interessanter Exkurs zum Thema BRD«

Die „Braune Soße“ zieht sich durch viele Gesetze und Verordnungen. Die Vasallen der BRD klagen gern auf Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt.

Wir beschäftigen uns beruflich eigentlich mit der Installation von gemeinnützigen Stiftungen. Vereine und Stiftungen sind aus unserer Sicht die Rechtsformen, mit denen man unter gegenwärtigen Bedingungen am besten agieren kann.

◆ So nebenbei sei bemerkt, dass die Hochfinanz nicht zufällig diese Welt über Vereine und Stiftungen steuert.

Der größte und mächtigste Verein dieser Welt ist wohl die römisch-katholische Kirche. Die Pharma-Mafia dreht ihre Milliarden in Deutschland über die Kassenärztliche Vereinigung. Die Beispiele ließen sich beliebig fortführen.
Bei Stiftungen fallen vielen Menschen zuerst die Namen Rockefeller, Gates und Bertelsmann ein.

»Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken!«

Den meisten Menschen ist leider der Unterschied von Eigentum und Besitz nicht geläufig und viele fangen leider erst an, darüber nachzudenken, wenn ihr Eigentum gepfändet wurde und sie nichts mehr besitzen. Nur ist ihr Spielraum dann sehr eingeschränkt.

Der § 52 der Abgabenordnung der BRD regelt beispielsweise die Kriterien und Bedingungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Dort finden Sie alles Mögliche, was so alles gemeinnützig ist, was auch vollkommen in Ordnung ist. Eines werden Sie aber vermissen.

Die Förderung der Menschenrechte ist in der Bundesrepublik kein förderwürdiges gemeinnütziges Gut.

Der Rechtslogik folgend ist das auch rechtens und in Ordnung. Denn die Frage stellt sich: Wozu Menschenrechte?

◆ Es gibt ja momentan im juristischen Sinne in der BRD keine Menschen, sondern nur bekennendes Personal und Sklaven der Marke „DEUTSCH“.

Die BRD und ihre Vertreter, Geschäftsführer, etc. haben als handelnde Personen keine staatliche Legitimation, weil die BRD eben kein Staat ist, aber sie sind existent durch die Duldung und Erduldung des großen Teils der hier lebenden heimatlosen Bevölkerung. Immerhin sind 66 % von ihnen zur letzten Personalwahl gegangen.

»Aber es kommt noch besser«

Zum Personal- und Sklavenstatus in unseren Ausweisen sind wir weiter im Black Law Dictionary – Revised 4th Edition 1968 fündig geworden.

Zuerst zum Dictionary selbst:
http://www.abovetopsecret.com/forum/thread346428/pg1

Nach Wiki ist das Black’s Law Dictionary (Blacks Rechtswörterbuch) das maßgebliche Rechtswörterbuch für das Recht der Vereinigten Staaten.

Es wurde in vielen Fällen vom Supreme Court als juristische Autorität zitiert. Die neueste Auflage, von der es auch gekürzte Ausgaben und Taschenausgaben gibt, ist sowohl für Laien als auch für Studenten ein nützlicher Ausgangspunkt angesichts von unbekannten Begriffen aus dem juristischen Bereich.

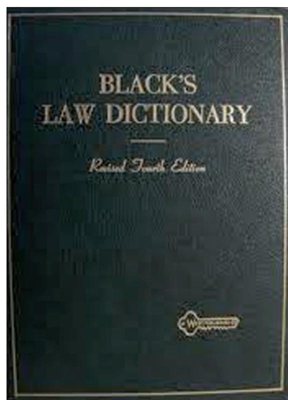
»In juristischen Papieren und Urteilsbegründungen ist es das bevorzugte Referenzwerk für Definitionen.«

Black's Law Dictionary wurde von Henry Campbell Black gegründet. Die erste Ausgabe erschien 1891, die zweite Ausgabe 1910. Die aktuelle achte Auflage erschien im Jahr 2006.

Von:„http://de.wikipedia.org/wiki/black%27s_Law_Dictionary"

Im Band 6 auf Seite 624 der Revised 4th Edition 1968 finden wir folgendes:

"…the full capitalization of the letters of one's natural name, results in a diminishing or complete loss of legal or citizenship status, wherein one actually becomes a slave or an item of inventory.



The method by which the State causes a natural person to "volunteer" himself into slavery, is through forming the entity of legal fiction (name all CAPS)."

In deutscher Sprache:

"…die Großschreibung der Buchstaben jemandes natürlichen Namens endet mit einer Verminderung oder dem vollständigen Verlust des rechtlichen Status oder der Staatsbürgerschaft, indem man sogar zum Sklaven oder zum Gegenstand des Inventars wird. Die Methode, durch welche der Staat eine natürliche Person veranlasst, sich „freiwillig" in die Sklaverei zu übergeben, erfolgt durch das Formen der Einrichtung einer juristischen Fiktion (eben: alle Buchstaben als GROSSBUCHSTABEN)."

Sie können jetzt alle wieder in Ihre Ausweise schauen. Es gibt sogar Zeitgenossen mit einer Groß/Kleinschreibung im Namen, die haben einen höheren Status.
Dann schauen Sie aber einmal, wo diese beschäftigt sind oder waren.

»Um es kurz zu machen, es ist wie in einem offenen Freiluftgefängnis mit Ausgang.«

Da gibt es Insassen und Kapos. Es ändert nichts daran, wenn es nicht so wahrgenommen wird, da man mit diesen Ausweisen Marke „Deutsch" prima durch die Welt kommt. Es ist so.

◆ Der zentrale Angelpunkt in diesem System, gleich ob Sie aus Deutschland, Frankreich, den USA oder Timbuktu kommen, ist die Registrierung.

Regis ist die Genitivform von Rex (König), also des Königs. Denken Sie selbst, was das nun wieder bedeutet, denn wir wollen hier bei der Frage der Staatsangehörigkeit und der Frage der Legitimation bleiben.

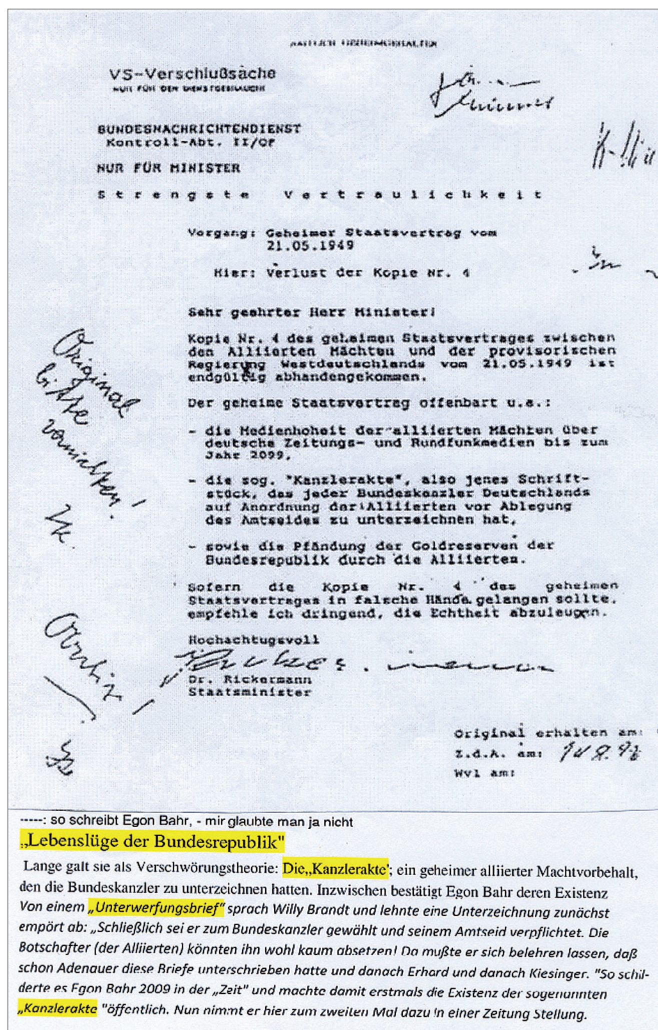
Was ist die BRD nun wirklich?

Die BRD-Verwaltung und ihre Bediensteten täuschen bewusst oder unbewusst ihre Bewohner. Jeder Kanzler hat getäuscht.

Wir wissen nicht, ob die Verschlusssache, der sogenannte Kommossabrief nicht eventuell eine Stasi-Fälschung ist, tatsächlich dürfte es aber zumindest ähnlich wie im Brief beschrieben sein, denn die Gesetze und die beobachtete Realität spiegeln dies genauso wieder.

Auf einer Seite eines Aktivisten für freiheitliches und selbstbestimmtes Leben lesen wir:

„Als ich meinen Personalausweis erneuern sollte, fragte ich bei der zuständigen Behörde warum unter Staatsangehörigkeit „DEUTSCH" steht. Die Antwort des leitenden Verwaltungsbeamten: „Solange Sie nicht einen gegenteiligen Nachweis erbringen, sind Sie Deutscher. Ihr Alter beträgt mehr als 16 Jahre und Sie leben in der Gemeinde Fahrenwalde…"



AMTLICH GEHEIMGEHALTEN

VS-Verschlußsache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e   V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtugsvoll

Dr. Rickermann
Staatsminister

Original erhalten am:
z.d.A. am: 14.9.92
Wvl am:

-----: so schreibt Egon Bahr, - mir glaubte man ja nicht

„Lebenslüge der Bundesrepublik"

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die„Kanzlerakte'; ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz *Von einem „Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger. "So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte "öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.*

Schön – diesen gegenteiligen Beweis haben wir soeben erbracht.

Nun sollten wir ihn nur noch durchsetzen.

Also ich, ein Autor dieser Zeilen, bin Preuße und was sind Sie?



Es ist sinnvoll, hin und wieder Politikern auf den Mund zu schauen. Nach Umfragen genießen Politiker noch hinter Werbefachleuten als Berufsgruppe die geringste Glaubwürdigkeit.

Deswegen sind Politiker am meisten prädestiniert, hin und wieder die Wahrheit zu verkünden.

»Sie sagen die Wahrheit und keiner glaubt es in dem Moment, aufgrund Konditionierung. Das ist der Trick. Deswegen kann sie, die Wahrheit, hin und wieder völlig folgenlos und ungestraft geäußert werden.«

Wenn irgendwann die Masse den Betrug spürt und wütend reagiert, können diese Politiker immer kommen und sagen: „Wieso? Wir haben Euch immer alles gesagt." Sie haben damit auch noch Recht. Bezogen auf unsere Thematik zwei Kostproben:

- *„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen , die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden."* Horst Seehofer 2011

- *„Ich sage Euch, wir haben gar keine Bundesregierung. Wir haben – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation hier in Deutschland. Das ist das, was hier ist."* Sigmar Gabriel, Feb. 2010

Deutlicher geht es nicht. Interessant ist das Umfeld der Äußerungen. Das erste Zitat fällt fast als Nebensatz in einer ARD-Kabarett-Talkshow „Pelzig unterhält sich.", das zweite Zitat kam innerhalb einer Wahlkampfrede auf einem SPD-Parteitag in Dortmund. Dadurch wird es nicht angemessen in der Bedeutung wahrgenommen, Zufall?

Dabei ist die Beweisführung recht einfach. Schaut man in das UNO-Register über NGOs dieser Welt, wird man fündig:

NGO Branch
United Nations Department of Economic and Social Affairs

Civil Society Participation > Advanced Search > Search Results > View Profile: General

www.un.org/ecosoc/ngo

Germany

Profile | Consultative Status | Meeting Participation

View General

Organization name:	Germany
Headquarters address	
Address:	Not Available Country Not Available
Organization type:	Non-governmental organization
Languages:	• English

» Civil Society Database
» Organizational Overview
» Consultative Status
» Sustainable Development
» Social Development
» Advancement of Women
» Financing for Development
» Forests
» Public Administration
» DPI
» Participation
» Add organizational Profile

Wichtiger noch ist an dieser Stelle einmal festzuhalten, was z.Zt. wirklich gilt. Das, was jetzt kommt, ist wieder keine Rechtsauffassung, sondern Gesetz, veröffentlicht zuletzt in 2007 im Bundesanzeiger.

Weil es kurz und eindeutig ist, bringen wir das ganze Gesetz. Zum besseren Verständnis haben wir einmal die Hauptsätze deutlich gemacht:

»Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)«

Geltung ab 30.11.2007
Artikel 4 G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

§ 3 Folgen der Aufhebung

» § 1 Aufhebung von Besatzungsrecht «

*(1) **Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften** (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), **werden aufgehoben**, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.*

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

» § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht «

Es werden aufgehoben:

1. *das **Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts** vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),*
2. *das **Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts** vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),*
3. *das **Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts** vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und*
4. *das **Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besat zungsrechts** vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).*

» § 3 Folgen der Aufhebung «

***Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden** oder auf Grund solcher Maßnahmen **begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt** und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort. Durch die Aufhebung werden weder frühere Rechtszustände wiederhergestellt noch Wiederaufnahme-, Rücknahme- oder Widerrufstatbestände begründet.*
Tatbestandliche Voraussetzungen von Besatzungsrecht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht erfüllt worden sind, können nicht mehr erfüllt werden. Aufgehobene Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Tatbestände und Rechtsverhältnisse anwendbar, die während der Geltung der Rechtsvorschriften erfüllt waren oder entstanden sind. Die Aufhebung von Besatzungsrecht lässt Verweisungen hierauf unberührt. «

„Was hier verkündet wird, ist, dass vollumfänglich Besatzerrecht gilt: Denn was genau ist im §2 die Aufhebung der Aufhebung?“

◆ Wenn dann noch die Rechtsvorschriften für Besatzungsrecht aufgehoben werden, ja was gilt denn dann? Antwort: Bereinigtes Besatzungsrecht. Ganz einfach. Die SHAEF-Gesetze – fertig!

Es kommt daher für Laien etwas verworren, weil wir unterscheiden müssen, nämlich zwischen Rechte und Pflichten, die die Besatzungs-

behörden (Alliierten) selbst betreffen, die bleiben in Kraft, und den Verwaltungs- und Rechtsvorschriften für die Besetzten.

Diese werden aufgehoben.

Was unter Rechtsvorschriften zu verstehen ist, dazu haben wir einen Verweis auf den Überleitungsvertrag. Der bleibt nämlich bestehen, ist ja auch ein Vertrag, genauso wie ein Abkommen, beispielsweise das Potsdamer Abkommen. Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck Rechtsvorschriften umfasst Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen, Anordnungen, Genehmigungen usw., aber eben keine Verträge.

»Interessant, ist, was in §1, Absatz 2 nicht aufgehoben wird.«

Ausgenommen ist hier das Kontrollratsgesetz 35 über Ausgleich- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten. Wenn man nun die BRD sieht als das was sie ist, eine NGO / Firmenkonsortium, macht das Sinn.

Es gibt hier Ausnahme-, Stand-, Schiedsgerichte, etc. aber eben keine staatlichen Gerichte. Man beachte einmal auch genau die Bezeichnungen. Es heißt immer „Richter am Amtsgericht" und nicht Richter des Amtsgerichts. Die Präposition „am" bezeichnet das Gebäude. Was kann denn auch das Gebäude dafür, dass es früher einmal so hieß?

◆ Das Grundgesetz ist übrigens auch Besatzungsrecht für Besetzte – weg ist es, bis auf Artikel 73,74 und 75 – steht ja da. Selbst zur Ungültigkeit des Grundgesetzes gibt es immer wieder Hinweise.

Oft wird von verschiedenen Autoren die Aufhebung und der damit fehlende Geltungsbereich nach Artikel 23 zitiert.

Interessanter finden wir den letzten Artikel, der bis 1990 wie folgt lautete:

◆ ◆ ◆

»Artikel 146 Grundgesetz alt (bis 1990)«

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

» **Nun werden bundesdeutsche** Politiker nicht müde zu behaupten, dass das Grundgesetz unsere Verfassung sei. Dann fragt man sich aber unwillkürlich, warum man diesen 146er Artikel 1990 nicht einfach weggenommen hat. Im Gegenteil, es kommt noch ein Einschub hinein: «

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Wenn man jetzt weiß, wie Deutschland definiert ist, kann man lesen, dass es nicht gilt. Es ist auch völlig egal, weil sich die Masse sowieso nicht dafür interessiert. In Sonntagsreden holt man es hervor, darf es zitieren und bestaunen, in Wirklichkeit oder wenn es um die sprichwörtliche Wurst geht, ist es bedeutungslos.

Einem Autor dieser Zeilen ist es passiert, dass ihm ein „Richter" in einer Verhandlung folgendes auf seine Argumentation wörtlich sagte:
„Was interessiert mich als deutscher Richter das Grundgesetz?"

Wir sind ihm dafür sehr dankbar, haben aber noch fast 2 Jahre gebraucht, um festzustellen, dass diese Aussage völlig rechtens war.

Es entsprach nur nicht unserer Konditionierung und der der Zuschauer auch nicht, das war sein Problem, vielleicht unser Glück, denn es war in dem Moment auch ein falscher Vortrag unsererseits, da belanglos. In Neudeutsch sagt man heute: Learning by doing. Das haben wir getan.

◆ Übrigens steht im Grundgesetz, dass es solange gilt, bis wir uns eine Verfassung geben, da steht nichts von einer neuen.

Dies hat in unserem Lösungsvorschlag eine Bedeutung.

Die Erläuterung dessen, was in diesem Berei-

nigungsgesetz steht und seine Folgen, wäre ein Heft für sich. Wir wollten Ihnen nur nebenbei mitteilen, was hier wirklich gilt.

BESATZUNGSRECHT DER ALLIIERTEN UND NICHTS WEITER. ALLES ANDERE SIND AGBS EINES PRIVATEN RECHTSKONSTRUKTES, DAS JETZT AUF DIE EU UND SPÄTER AUF DIE WELT AUSGEDEHNT WIRD.

Es ist nicht hoheitlich und lebt ausschließlich durch unsere bewusste oder unbewusste Duldung – Kumpanei sozusagen.

Durch die Unglaubhaftigkeit wurde nachgefragt, beim Ministerium für Justiz, mit folgender Antwort:

Bundesministerium
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON [redacted]
REFERAT IV A 3
TEL (030) 18580-0
FAX (030) 18580-9525
E-MAIL poststelle@bmj.bund.de
AKTENZEICHEN IV A 3 - AR - RB 571/2010
DATUM Berlin, 10. März 2011

BETREFF: **Ihre Anfrage zu Rechtsbereinigungsgesetzen vom 24. Februar 2011**

Beide Gesetze über die Rechtsbereinigung sind somit voll wirksames Bundesrecht. Von ihrem Zweck her setzten sie älteres Recht, das keinen praktischen Anwendungsbereich mehr hat, außer Kraft. Somit dienen diese Gesetze dazu, überflüssige Regelungen zu streichen und die Rechtsordnung insgesamt übersichtlicher zu machen.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Erläuterung weiterzuhelfen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Habel

Beglaubigt
Tarifbeschäftigte

BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 69

Natürlich „Im Auftrag“ und beglaubigt durch eine Tarifbeschäftigte, wenn es nicht so traurig wäre…

Wir haben uns noch die Lesungsprotokolle vom Bundestag besorgt. Die gibt es, verlesen, mitgeteilt und ohne Abstimmung, soviel zur Souveränität der BRD!!

Und – sie wissen alle Bescheid! Alle!!!

Wir interpretieren dieses Gesetz dahingehend, dass es der Versuch der Alliierten ist, sich aus der Haftung zu stehlen.

Aber wie gesagt, das wäre hier die erste Interpretation, deswegen werden wir dies hier nicht weiterführen und auch nicht
weiter begründen.

»Denken Sie selbst!«

Als kleine weitere Kostprobe geben wir nur noch die BKO 47/50 weiter, denn sie ist genauso kurz, prägnant und gültig.

Lesen und staunen Sie selbst, was hier so alles gilt. Die spannende Frage: Für wen?

» Bekennendes Personal der Marke „DEUTSCH“ hat hier die schlechteren Karten. Was in einer Hauptstadt gilt, gilt dann im ganzen Land. Berlin ist übrigens kein Land der BRD. «

Hier gelten nach einem Brief der 3 Mächte vom 8. Juni 1990 an den Bundeskanzler Helmut Kohl (veröffentlicht 12. Juni 1990 BGBl I S. 1068) die alliierten Vorbehaltsrechte. Der entscheidende Satz in diesem Brief lautet:

„Die Haltung der Alliierten, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“, bleibt unverändert.“

»Interalliierte Kommandantur der Stadt Berlin, Abschrift:«

Betrifft: Angelegenheiten des unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden stehende Eigentums

» BK/O (47) 50 v. 21. Februar 1947 «

An den: Herrn Oberbürgermeister

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:

*1.) **Ohne** vorherige schriftlich erteilte **Genehmigung** der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, **darf kein deutsches Gericht die Zuständigkeit beanspruchen oder ausüben** in Fällen, welche das auf Grund des (SHAEF) Gesetzes Nr. 52 der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung oder (SMAD) Befehls-Nr. 124 des sowjetischen Oberbefehlshabers der Kontrolle unterliegende oder unter Kontrolle stehende Eigentum bzw. das Kraft Anordnung einer der Besetzungsbehörden eingezogene oder der Konfiszierung unterworfene Eigentum treffen.*

2.) In Fällen, in denen die Gründe zur Prozessführung vor dem 08. Mai 1945 entstanden sind, wird obige Genehmigung in der Regel nicht erteilt.

*3.) **Irgendwelcher Urteilsspruch,** der bereits gefällt wurde oder hiernach in einem solchen Prozess gefällt wird, der ohne Bewilligung der Militärregierung des Sektors, in welchem sich das Eigentum befinde, eingeleitet wurde, ist **nichtig** und irgendwelche Maßnahme zur Durchsetzung eines solches Urteilsspruches ist **ungültig.***

*4.) **Ohne** vorherige schriftlich erfolgte **Genehmigung** der Militärregierung des Sektors, in welchem sich das Eigentum befindet, **darf keine Eintragung in das Grundbuch stattfinden** betreffend Eigentum, das der Kontrolle oder Konfiszierung unterliegt, wie dies im § 1 dieser Anordnung bezeichnet ist.*

5.) Bevor ein deutsches Gericht oder das Grundbuchamt in einer beweglichen oder unbeweglichen Eigentum angehenden Sache handelt, hat das Gericht bzw. das Grundbuchamt schriftliche Erklärungen von allen am Verfahren interessierten Parteien anzufordern, die in allen Einzelheiten wahrheitsgetreu sein müssen und von den betreffenden Parteien oder deren Rechtsanwälten abzugeben sind, dass das Eigentum der Kontrolle oder der Konfiszierung nicht unterliegt, wie im § 1 angeführt ist.

*6.) **Ohne** vorherige schriftlich erteilte **Genehmigung** der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, **dürfen keine Schritte seitens irgendwelcher natürlicher oder Juristischer Personen unternommen werden, um eine Entscheidung eines deutschen Gerichtes oder Grundbuchamtes durchzusetzen oder auszuführen,** die der Kontrolle oder der Konfiszierung unterliegendes Eigentum angeht, wie im § 1 angeführt ist.*

*7.) **Nichtbefolgung dieser Anordnung** bzw. Versäumnis, ihre Bestimmungen zu beachten, stellt Verletzung eines Befehls der Militärregierung der Besetzungsbehörden dar und **wird demgemäß bestraft.***

Im Auftrag der Alliierten Kommandantur Berlin

Nun wurde zum besseren Verständnis von Aktivisten auch bei den Alliierten immer wieder einmal nachgefragt.

In vielen Fällen kneifen diese, dann kam aber unlängst von der Britischen Botschaft Berlin folgender Brief:



Britische Botschaft
Berlin

Abt. für Presse,
Öffentlichkeitsarbeit und Politik
Britische Botschaft
Wilhelm Straße 70
10117 Berlin

Tel: 030 20457 0
UKinGermany.fco.gov.uk

Frau
[redacted]
Sophienstr. 2
50321 Brühl

18. November 2011

Sehr geehrte [redacted],

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. November 2011.

Die Militärregierung in Deutschland wurde am 21. September 1949 mit Inkrafttreten des Besatzungsstatuts aufgelöst. Dieses galt, bis die Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wirksam und die besatzungsrechtlichen Befugnisse und Zuständigkeiten dadurch vollständig aufgehoben wurden. Die damit verbundenen alliierten Vorbehaltsrechte verloren erst 1990 mit der Deutschen Wiedervereinigung und dem Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15. März 1991 auch völkerrechtlich ihre Wirkung, als Deutschland die volle Souveränität wiedererlangte.

Heute ist kein Gesetz der Militärregierung in Kraft.

Ich hoffe, Ihnen hiermit geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

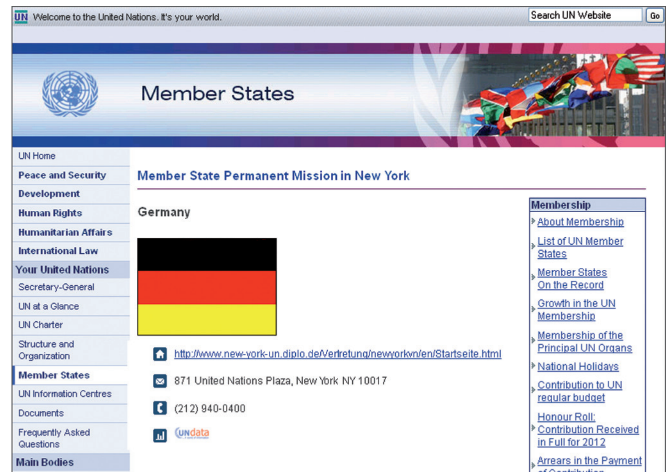
[redacted]
Intern: Receptionist & Public Enquiries Officer



Diese Aussage scheint den Gesetzen, Verordnungen oder Erlassen diametral entgegenzustehen. Die Kernaussage im Brief ist eindeutig. Die wichtigsten Sätze lauten:

„Die damit verbundenen alliierten Vorbehaltsrechte verloren erst 1990 mit der Deutschen Wiedervereinigung und dem Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15.März 1991 auch völkerrechtlich ihre Wirkung, als Deutschland die volle Souveränität wiedererlangte. Heute ist kein Gesetz der Militärregierung in Kraft."

In der UN-Liste finden wir Germany dieses Mal mit Fahne (schwarz – rot – gold) noch einmal, nicht als NGO, sondern als Staat.



»Verwirrt – ja was denn nun?«

Die entscheidende Frage aber ist, oder das Geheimnis lautet: Wer oder was ist Deutschland? In genau diesem Punkt spielt man mit uns diesseits und jenseits des Kanals oder des Atlantiks und auch hierzulande. (Erinnerung Artikel 24 Haager Landkriegsordnung – Kriegslist)

Die Antwort ist wieder ganz einfach:

- Die BRD ist nicht Deutschland.

Schauen wir in die gültigen SHAEF – Gesetze:

»Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)«



Damit wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, schauen wir doch einmal in die Direktive JCS 1067 der Vereinten Stabschef (Joint Chiefs of Staff) an den Oberbefehlshaber (Commander-in-Chief) der US-Besatzungstruppen vom 26. April 1945 über die grundlegenden Ziele der Militärregierung in Deutschland. Dort heißt es im Punkt 4b:

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden."

◆ ◆ ◆

◆ Also nicht, dass Sie jetzt denken, unsere „Beamten" sind für die eigene Bevölkerung da. Es steht immer alles in den Gesetzen und Direktiven. Es ist geboten, dieses wörtlich zu nehmen, nur können sich das die meisten Menschen nicht vorstellen. Eines der wichtigsten SHAEF – Gesetze ist das Gesetz 52. Hier erfahren Sie, was Sie im Eigentum haben – NICHTS! Sie haben Besitz. Das ist alles, aber immerhin. Noch einmal: Es ist gültiges Recht – siehe Bereinigungsgesetze.

Da die Alliierten Krieg gegen Deutschland, das Deutsche Reich, (ausdrücklich nicht gegen Hitler) geführt haben, war es ein Anliegen, den Begriff „Deutsches Reich" zu tilgen, bzw. im Sprachgebrauch ein negatives Gefühl dafür aufzubauen.
Dies ist ihnen vollumfänglich gelungen.

Wenn ein Franzose FrankReich sagt, ist er sicher stolz auf sein Land und warum auch nicht, während dessen beim Deutschen unter der Begrifflichkeit „Deutsches Reich" die Energie raus ist und man besser auch nichts damit zu tun haben möchte.

»Hollywood und Co. sowie Umerziehung lassen grüßen.«

◆ Die waren wirklich auf der ganzen Linie erfolgreich, das erkennen wir neidlos an. Die Nostalgiker und Menschen, die nachfragen und „Deutsches Reich" dummerweise auch noch als Staatsangehörigkeit für sich reklamieren wollen, haben sich unabsichtlich damit wieder nazifiziert. Aber es sind Nationale, schlimmstenfalls Nasos (National Sozialisten) und eben keine Nazis (National Zionisten).

Wann lernen wir endlich, dass es keine echte Auseinandersetzung zwischen rechts und links gibt, sondern maximal zwischen oben und unten.

Alle Ideologien und …ismen sind von den Machern des Systems erfunden, was man in der Regel herausbekommt, wenn man der Spur des Geldes folgt.

»Man kann Menschen so schön trennen. So sagt ja auch der Name Partei, dass es nur ein Part vom Ganzen ist. Dumm gelaufen für den jeweiligen Part. „Teile und herrsche", „Brot und Spiele", diese Sprüche kennt fast jeder und fast jeder spielt trotzdem mit.«

◆ ◆ ◆



// legitimer Ausweis der Stadt Danzig



Das Deutsche Reich ist nicht die Heimat und durch die Bezeichnung in der Staatsangehörigkeit sind wir leider wirklich im III. Reich.

» Um einen Vergleich zu finden, könnte man sagen, das Deutsche Reich verhält sich zu Bayern und Preußen, wie die Vereinigten Staaten zu Texas und Kalifornien. «

Der Vergleich zu den USA ist hier nicht zufällig gewählt, weil die Amerikaner ein ähnliches Schicksal ereilte wie uns, denn die Staatsangehörigkeit der einzelnen Bundesstaaten wurde im Ergebnis des Bürgerkrieges und der Niederschlagung der Rebellion in Folge auch abgeschafft.
Seitdem gibt es nur noch die US-Bundesangehörigkeit, welche vorher nur für nicht in einem der Staaten geborene Bürger galt – mit eigentlich derselben Wirkung: Wer nicht dem Staat angehörte, indem er geboren war oder lebte, der war staaten-, heimat- und damit schutzlos.

Das Deutsche Reich ebenso wie die USA sind Staatenbunde, übergeordnete Entitäten ohne eigenes Territorium (außer den Kolonien). Jedes Stück Land, jedes Gewässer, gehörte zu irgendeinem Bundesstaat. Diesem Bundesstaat konnte man aber nicht mehr angehören, weil diese Möglichkeit ja abgeschafft war. Man konnte nur noch Fremder, Nichteinheimischer, nicht zum jeweiligen Territorium angehörender Mensch sein, wo immer man sich in den USA oder dem Deutschen Reich bewegte – weil man Angehöriger einer solchen Entität ohne eigenes Territorium war.

◆ Mit dem Inkrafttreten des oben zitierten 2. Bereinigungsgesetzes im November 2007 gelten nun wieder beweisbar die von den Alliierten erlassenen Gesetze, einschließlich der Gesetze zur Aufhebung des Nationalsozialistischen Rechts. Spätestens seitdem dürfte keine Nazi-Staatsangehörigkeit mehr verliehen und bescheinigt werden. Die "Staatsangehörigkeit DEUTSCH" ist bewiesener Weise eine solche.

»Verwaltungen, die eine solche "deutsche Staatsangehörigkeit" verleihen und bescheinigen, machen sich demzufolge wissentlich oder unwissentlich strafbar und die Benutzer solcher Ausweise zu Nazis.«

Nach dem Krieg war es bei uns die Absicht interressierter Kreise, zusätzlich den Begriff Deutsches Reich zu tilgen und umzubenennen.

Wenn man nun aber anstelle eines Begriffes, noch dazu, wenn dieser Begriff ein Völkerrechtssubjekt darstellt, diesen umbenennt, dann muss man ihn definieren und die Alliierten taten dies auch in diesem SHAEF-Gesetz Nr. 52

Militärregierung – Deutschland
Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers

Gesetz Nr. 52

Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen

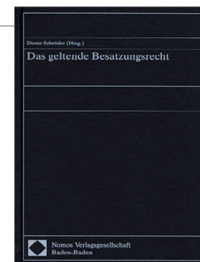
Artikel I — Arten von Vermögen

1. Vermögen, das direkt oder indirekt, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, unterliegt hinsichtlich Besitz und Eigentumsrecht der Beschlagnahme sowie der Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung:
a) Das Deutsche Reich oder eines seiner Leander, Gaue oder Provinzen oder eine andere gleichartige politische Unterabteilung, Amtsstelle, Behörde oder Verwaltung, gemeinwirtschaftliche Nutzungsbetriebe, Unternehmungen, öffentliche Körperschaften oder Monopole, die durch das Reich Länder, Gaue oder eine der sonstigen Verwaltungen oder Behörden der vorgenannten Art kontrolliert werden.

Artikel VII — Begriffsbestimmungen

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:
a) „Personen" bedeutet jede natürliche Person, jede Gesamthandsgemeinschaft und jede juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, die gesetzlich fähig ist, Vermögen oder Vermögensrechte zu erwerben, zu benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber zu verfügen.
b) „Geschäftliches Unternehmen" bedeutet jede Einzelperson, Offene Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft oder sonstige Organisation, die ein Handelsgeschäft oder ein sonstiges Geschäft betreiben oder öffentliche Wohlfahrtstätigkeit ausüben.
c) „Vermögen" bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle gesetzlichen und auf Recht und Billigkeit beruhenden und wirtschaftlichen Eigentumsrechte und Interessen oder gegenwärtige oder zukünftige Ansprüche auf Ueberlassung von Vermögen und schließt insbesondere die folgenden Gegenstände ein, ohne daß diese Aufzählung erschöpfend ist: Grund und Boden, Gebäude, Geld, Aktien, Wertpapiere, Patentrechte, Gebrauchs- oder Lizenzrechte, sonstige Eigentumsurkunden, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Schuldurkunden, Kunst- und Kulturgegenstände.
d) Ein „Staatsangehöriger" eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, eine Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat.
e) „Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.





Im Artikel VII – Begriffsbestimmungen werden wir im Punkt e fündig:

„Deutschland" bedeutet das „Deutsche Reich" wie es am 31.Dezember 1937 bestanden hat."

In unterschiedlichen Gesetzen, Urteilen etc. wird uns permanent mitgeteilt, dass die Bundesrepublik nicht Deutschland ist.
Die BRD urteilt sogar selbst darüber:

◆ „Das Grundgesetz (nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre), geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. Das Deutsche Reich

existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die BRD ist also nicht „Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den Geltungsbereich des GG."



Auszug aus dem Urteil von Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes. Akz: 2 BvF 1/73 aus dem Jahre 1973:

„Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde."

NEIN
DIE BRD IST WIRKLICH NICHT RECHTSNACHFOLGER DES DEUTSCHEN REICHES.

Schlimmer – sie wendet konsequent nach innen die Gesetze des III. Reiches an, damit es nicht auffällt, täuschen sie nach außen gegen Nazis.

»Beispielsweise ließ sich ein „Amtsrichter" auch unlängst in einem Beschluss dazu hinreißen, zu attestieren, dass die BRD die Rechtsnachfolgerin des III. Reiches ist.«

Im gleichen Text an anderer Stelle aber, dass Menschen, die sich mit Verweis auf höhere Rechtsebenen wehren, als psychopatisch und rechtsradikal einzustufen sind.

Nach unserer Einschätzung (Achtung – hier wieder Rechtsauffassung und Meinung) wurde genau dieser Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1973 von hauptsächlich bundesdeutschen Politikern und ihren interessierten Auftraggebern 1990 und in den Folgejahren hintertrieben.

»Nach Auskunft der Britischen Botschaft ist Deutschland (Deutschland in seiner Begriffsdefinitition nach SHARF 52) seit 1991 frei.«

In Gesprächsprotokollen aus dem Bundestag geht aus einem Diskussionspapier des Juristen Dr. Schäuble selbst hervor, was das Selbstverständnis der BRD nach Auffassung des BverfG ist:

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Das wird auch aus folgendem Protokollauszug ersichtlich:

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung.[350] Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in Form der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitritt. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Wir empfinden es schon deswegen ratsam, dass wir, ein jeder für sich, Grundgesetzartikel 146 umsetzen, denn wir fühlen es als kein gutes Omen, wenn das Grundgesetz in der „einheits"bedingten Fassung von 1990 schon in der Präambel mit 6 Unwahrheiten in nur 2 Sätzen aufwartet:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein- Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."

◆ Das liest sich alles sehr schön und man wird mit diesen Worten sehr leicht eingelullt, weil dies viele Menschen auch als richtig empfinden. Dadurch entgeht den meisten die Realität, bei der allein folgendes festzustellen wäre:

1. Allein die Bestimmungen des Überleitungsvertrages und anschließend der Bundesbereinigungsgesetze zeigen ganz eindeutig, dass wir eben kein gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa sind und ohne Friedensvertrag nicht sein können. Aus diesem Grunde dürfen wir auch zum Schluss die Zahlmeister sein.

2. Das deutsche Volk hat sich eben nicht dieses Grundgesetz gegeben, sonst würde es nicht heißen Grundgesetz für die Bundesrepublik, sondern „der" und es bedürfte des Schlussartikels nicht. Deswegen ist es eine dreiste Lüge, wenn heute behauptet wird, dass das Grundgesetz jetzt unsere Verfassung sei. Es steht einfach im Text, dass es nicht so ist.

3. Somit hat das Volk auch keine verfassungsgebende Gewalt und es nie gehabt. Oder wurden Sie je zu diesem Grundgesetz befragt oder hat es explizit dazu eine Abstimmung über die Annahme durch die deutschen Völker gegeben?

4. Aus den gleichen Gründen ist auch die freie Selbstbestimmung und die Einheit und Freiheit nicht gegeben. Worthülsen ohne Bedeutung, die aber gut klingen.

5. Das Grundgesetz gilt auch nicht für das gesamte Volk oder richtiger für alle deutschen Völker, weil in der Länderaufzählung schlicht die Ostgebiete fehlen, denn Deutschland ist in allen Gesetzen nach wie vor definiert, als in den Grenzen vom 31.12.1937. Da gab es beispielsweise also noch Schlesier, Pommern und Ostpreußen.

6. Das „deutsche Volk" ist wiederum ein Gleichschaltungsbegriff der Nazis, mit dem uns dieses „ein Volk, ein Reich, ein Führer" eingehämmert wurde. Dies hat es vorher nicht gegeben, sondern nur die deutschen Völker und Stämme.

6 Anmerkungen für nur 2 Sätze! Dazu kann man stehen, wie man will, aber es ist einfach die Unwahrheit gleich in der Präambel. Warum kümmert sich der Verfassungsschutz nicht darum?

»Oder heißt der Verfassungsschutz deswegen Verfassungsschutz, weil es seine Aufgabe ist, uns vor einer Verfassung zu „schützen"?«

Nur wurde das alles von uns Deutschen durch Konditionierung, falsche Erziehung etc. nicht bemerkt.

Wer beschäftigt sich als Normalbürger auch freiwillig mit Recht? Es ist natürlich einfach, jemanden in die Freiheit zu entlassen, aber gleichzeitig alles dafür zu unternehmen, dass der echte Staat niemals handlungsfähig wird, währenddessen die Menschen glauben und auch alles dafür getan wird, sie in diesem Glauben zu belassen, dass die Fremdverwaltung BRD eigentlich eine Kolonialverwaltung, der Staat sei.

»Die BRD ist quasi der bestellte Hausmeister für einen großen Teil Deutschlands.«

Noch einmal für den, der das alles nicht glauben kann – fragen Sie dort nach.

Wenn Sie hartnäckig bleiben, konsequent ganz einfache Fragen stellen, die sie in den Antworten entlarven würde, dann lügen die Behörden in der Regel nicht, sie tauchen ab, sie werden ignoriert, unmündig behandelt und juristisch gesehen sind Sie es ja auch.

Auf unsere Fragen, was sie nach Kenntnis dieser Dinge nun tun werden, kommt beispielsweise vom Büro eines Stadtbezirksbürgermeisters von Berlin (SPD) ein Schreiben, wo wir uns nicht einmal mehr die Mühe machen, dieses zu scannen, denn die Antwort habe ich schneller abgetippt:

„auf Ihr Schreiben vom 20.03.2012 habe ich die Angelegenheit noch einmal geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben."

» Die gehen auf nichts ein, beantworten keine Frage, verstoßen gegen eigene Verwaltungsvorschriften, machen einfach so weiter und unterschreiben „Im Auftrag" – was sonst. «

Um mit einem Bild den gegenwärtigen Zustand zu beschreiben:

»Wenn unser Staat ein schönes Einfamilienhaus wäre, dann haben wir unten die gute Stube mit den herrschaftlichen, d.h. herrlichen Räumen, Terrassen etc. Aber alle Bewohner des Hauses drängen sich im oberen Stock in die Besenkammer und aller Honig hängt im Baldachin, weil alle denken, das müsste so sein. Dabei gibt es keine Mauern, außer in unseren Köpfen. Wir brauchen nur die Treppe hinunter zu gehen, das ist alles.
Denen, die es versuchen, wird man nachsagen, dass sie verrückt seien, links, rechts, in einer Sekte oder eben antisemitisch. So kann man immer am besten ablenken und polarisieren.«

Nun wird uns auch noch der Honig abgenommen.

Der Weg dazu ist:

◆ Uns über Terror permanent in der Angst zu halten, damit wir möglichst wenig denkfähig sind, gewürzt und unterstützt durch Nahrungsmittel statt Lebensmittel. Vitamin E … lässt grüßen.

◆ Über CO2 – Schwindel, „Kälteerwärmung" und Grünem Terror „Weizen zum Heizen und Zucker in den Tank" unsere Umwelt wirklich zu ruinieren und uns weiter in physische Abhängigkeiten zu bringen und im Schuldgeldsystem gefangen zu halten.

»Es geht niemals um Schulden, diese sind mittlerweile so hoch, dass sie nicht zurückbezahlt werden können. Es geht um unser Schuldanerkenntnis, für Schulden, die aus Luftbuchungen entstanden sind und die in der Folge daraus zu zahlenden Zinsen.«

Hier entsteht erst die eigentliche Umverteilung.

◆ Am Ende geht es um physische Güter, Ressourcen und „Gehirnschmalz" (Patente, Technologien). Es geht der Hochfinanz niemals ums Geld. Das Geld- und Rechtssystem und unser Unverständnis ist nur das Mittel zur Erreichung der totalen Kontrolle und Macht.

In der Folge dieser unsäglichen Entwicklungen stehen dann Zwangsmaßnahmen an unseren Immobilien, wegen angeblicher Energieeinsparung. Das müssen wir sogar wirklich, aber nur weil wir künftig die Preise für Energie immer weniger bezahlen können. Das EEG und der Wind- und Solarwahnsinn lassen grüßen. Der Strompreis hat sich in den letzten Jahren fast verdoppelt, fast die Hälfte davon kassiert die Fremdverwaltung. Beim Spritpreis ist es ähnlich. Bei Preisen von über 1,70 € pro Liter ist die Fremdverwaltung mit über 1,00 € dabei.

Was hatten Libyen, Syrien und der Iran gemeinsam? Antwort: Spritpreise von unter 10 Cent pro Liter und wir glauben nicht, dass die das verschenken. Die Libyer haben diese Preise heute wohl nicht mehr. Natürlich hat die Bevölkerung nichts Besseres zu tun, als diese „durchgeknallten" Diktatoren loszuwerden, damit man endlich das Preisgefüge der westlichen Wertegemeinschaft erreicht.

Setzen Sie die Liste beliebig selbst fort, da es hier nicht das Thema ist. Entschuldigen Sie die Polemik, aber so gelingt es, ein Problem in der Darstellung mal eben in einen Satz zu bringen. Wie Sie aber hoffentlich erkennen können, greift eins ins andere und alles hat miteinander zu tun.

»Unser Zustand«

Nun können wir auch von den Alliierten nicht ernst genommen werden, wenn wir nach wie vor mit Ausweisen einer Verwaltung (Kolonialverwaltung) mit der Nazi-Markierung „Deutsch" durch die Gegend laufen.
Mit solchen Leuten kann man folgerichtig auch keinen Friedensvertrag schließen, mit der eingesetzten Kolonialverwaltung BRD natürlich auch nicht, denn das wäre ein Vertrag mit sich selbst.

◆ Die Annahme der Weimarer Reichsverfassung (juristisch: WRV) führt durch die Umsetzung des Grundgesetzartikels 146 direkt zur Verhandlung eines Friedensvertrages für Deutschland. Das ist die Vorgabe, um den Kriegszustand seit dem 01.September 1939 weltweit zu beenden.

»Im Falle Deutschlands (hier definiert nach SHAEF-Gesetz 52, VII, 9e) müssen bestimmte Staaten einem Frieden zustimmen. Erst durch diesen Friedensvertrag werden die SHAEF-Gesetze, Kontrollratsgesetze und das Besatzungsrecht aufgelöst.«

Es wäre auch das Ende für die UNO, weil in diesem Moment die Feindstaatenklausel entfällt, die jeder beitretende Staat akzeptierte und sich somit mit Deutschland im Krieg befindet.

Es wäre auch das Ende der NATO. Alle drei Hauptsiegermächte unterliegen auch den SHAEF-Gesetzen, genauso wie Frankreich als Besatzungsmacht und China als fünfte Macht, ersatzweise für Frankreich, geltend für alle Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befinden.

»Warum ist das so wichtig?«

Auch wenn wir unser Leben als Frieden empfinden, weil es in Mitteleuropa und speziell für uns in Deutschland seit über 60 Jahren keine Kampfhandlungen und direkte militärische Gewalt gibt, so befinden wir uns juristisch dennoch in einem Kriegszustand.
Das wird dann besonders gefährlich, wenn es zu gewaltigen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Umbrüchen kommt. Der tägliche Blick selbst in die gleichgeschaltete Mainstreampresse und der Blick in Ihr eigenes Umfeld macht dies immer deutlicher sichtbar.

Dieser gegenwärtige Zustand ermöglichte z.B. sämtliche UNO-Mandate oder militärische Operationen der NATO, wie jüngst in Libyen, ohne dass irgendjemand einen Krieg erklären muss. Es herrscht ja weltweit Krieg.

Dazu kommt die Inszenierung von Terror, um Menschen weltweit in Angst und Schrecken zu halten sowie die Stimmung zu kreieren, bürgerliche Rechte weiter einzuschränken und Maßnahmen zu begründen, bei der die Vokabel „Überwachungsstaat" die angemessene ist.

» Interessant zu beobachten ist hierbei noch das Zusammenspiel Frankreichs und Deutschlands namentlich Nikolas Sarkozys und Angela Merkels in punkto ESM (Fiskalpakt). «

Frankreichs Kriegserklärung an das Deutsche Reich vom 03.09.1939 gipfelte vorerst in der Kapitulation Frankreichs und dem Waffenstillstandsvertrag vom 19.06.1940. Als am 08.05.1945 die Deutsche Wehrmacht in St. Nazaire und Lorient ebenso kapitulierte, wie Tags zuvor am 07.05.1945 in Reims, „vergaß" man doch glatt den 19.06.1940. Frankreich ist also nur „befreit", aber nicht in die volle Souveränität entlassen. Eine interessante Gemeinsamkeit mit Deutschland.

»Augenscheinlich hat Herr Sarkozy an einem Friedensvertrag ebenso wenig Interesse wie Frau Merkel und es ist die Frage berechtigt, wem sie wirklich dienen.«

◆ ◆ ◆

Leider sind alle hier genannten Vorgänge in der breiten Bevölkerung der Länder wenig bekannt, noch können diese einen Zusammenhang zu den immer mehr zu Tage tretenden Ungemütlichkeiten in ihrem Leben, insbesondere in den Finanzen herstellen.

Wer sich weiter auf die sogenannten politischen Führer oder Eliten der Staaten verlässt, der wird bald ziemlich verlassen sein. Wer glaubt, irgendjemand wird dies für ihn schon richten und es ginge ohne ihn, der irrt.

Wir drehen uns solange in der Abwärtsspirale und der Zustand hält solange, bis wir uns

wieder wie Menschen verhalten und zwar jeder einzelne. Dazu ein prophetischer Satz des letzten Kaisers zitiert aus seinem letzten Staatsbrief:



> ◆ *„Das Deutsche Volk darf sich auf keinen anderen sondern nur noch auf sich selbst verlassen.“*
> *Kaiser Wilhelm II*

◆ ◆ ◆

Praktische Tipps und Lösungs-vorschlag

Wenn Sie beispielsweise vor Gericht stehen, ergeht, bevor es losgeht, folgender Aufruf:

„Es wird aufgerufen in der Sache Meier gegen Schulze.“

Es wird immer in Sachen aufgerufen und es geht immer um Sachen!

»Wenn Sie als Mensch in der Sache aufstehen und dem Folge leisten, haben Sie verloren, bevor es losgeht, denn was kann man laut BGB § 90 mit Sachen alles tun? – Was man will! Lesen Sie es selbst nach.«

Deswegen heißt es auch immer in Briefen, nach denen Sie bei Gericht erscheinen sollen:

„Bringen Sie bitte Ihr gültiges Personaldokument mit.“

» Wenn man das Wesen der Dinge erkennt, ist es ganz einfach.
Es ist wie bei einer guten Illusion. Der Trick hat stattgefunden, bevor es losgeht. Übrigens wurde früher vor Gericht ein Urteil im Namen des Reichs gesprochen, im Namen des Volkes ist auch ein Gleichschaltungsbegriff. «

In der Auseinandersetzung mit der BRD geht es nur um ein Thema: im Verhalten, in den Dokumenten und im Auftreten dafür zu sorgen, dass klar und beweisbar ersichtlich ist, dass wir nicht mehr ihr Personal sind und uns nicht mehr wie Sklaven verhalten.

Dann kommen unsererseits nur noch 3 Fragen nach erstens ihrer staatlichen Legitimation, zweitens ihrer staatlichen Legitimation und drittens ihrer staatlichen Legitimation. Diese können sie nicht erbringen, kein Polizist, kein Gerichtsvollzieher und kein Richter. Da es für Recht momentan keine exekutive Durchsetzbarkeit gibt, bleibt uns zur Zeit, diese Dinge einfach, sauber und urteilsfrei zu protokollieren, den Rechtsbrechern diese Protokolle zuzuschicken, Einsprüche nach HGB abzuwarten und anschließend den Schaden in Rechnung zu stellen und zwar immer an die konkrete Person, am besten an ihren Wohnsitz.
Die handelnde Person haftet dafür nach BGB § 823.

Es ist übrigens nicht verboten, uns Angebote zu unterbreiten. Diese kann man annehmen oder ablehnen.
Ablehnen sollte man die aber schon. Sonst unterstellt man uns konkludentes Handeln. Das ist aber auch schon alles.

Die Schwierigkeit, dieses Einfache zu begreifen, beschreibt keiner besser als Heraklit von Ephesos, der schon 500 vor Christus lebte und dem dieses Zitat zugeschrieben wird:



> ◆ *„Durch ihre Unglaubhaftigkeit entzieht sich die Wahrheit dem Erkanntwerden.“ Heraklit von Ephesos*

Da dem nichts hinzuzufügen ist, legen wir den Finger auch nicht weiter in die Wunde und kommen nun zu unserem Lösungsvorschlag. Was wir hier empfehlen, ist ein erster Schritt.

» Es ist, wie gesagt, ein erster Schritt, nicht mehr und nicht weniger. Ein Weg entsteht immer, wenn man ihn beginnt und er fängt immer mit einem ersten Schritt an und nicht mit dem 2. Schritt. «





Damit er auch gegangen wird, sollte er für viele Menschen guten Willens auch den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen. Er macht nicht einmal Arbeit, kostet so gut wie keine Zeit und erst recht kein Geld.

Er stellt aber für viele Menschen etwas Ungewöhnliches dar, denn er beinhaltet als Schritt ein selbstbestimmtes Handeln, in Form einer Selbstermächtigung und ist im Grunde eine Proklamation.
Das einzige, was es wirklich braucht, ist Rückgrat.

»Freiheit ist oft ein Lippenbekenntniss. Sie zu leben, dürfen wir üben.«

◆ Das Bundesverfassungsgericht ist ein Gericht für die höchsten AGBs dieser Fremdverwaltung. Ob das Grundgesetz nun gilt oder nicht, ist staats- und völkerrechtlich für eine Fremdverwaltung irrelevant.

Sie tun einfach als ob – ohne Widerspruch Tag für Tag. Es hat dafür eine Zuständigkeit, nämlich die, die wir zulassen. Auch diese „Richter“ rufen auf in „Sachen“.

D.h. sie sind zuständig für Sachen, aber nicht für Menschen – und schon gar nicht für welche mit Rückgrat. Das ist das ganze Geheimnis.

◆ Das System sind wir, weil wir jeden Tag seine Angebote nutzen. Sein größter Verführer ist unsere Bequemlichkeit, sein bester Anknüpfungspunkt - unsere Laster. Irgendwo kriegen die uns immer. Besser werden wir, wenn wir diese Einfallstore verringern. Wie sagte Dumbledor zu Harry Potter in einer Entscheidungssituation: "Wählst Du den einfachen Weg oder den richtigen?" Die meisten Menschen wählen den einfachen.

Vor allem das in der Demokratie gepflegte Prinzip der Delegierung von Verantwortung und des damit verbundene Hangs zur allgemeinen Verantwortungslosigkeit, führt zu jetzigen Ergebnissen und dem Dilemma, in dem wir stecken. Es ist ja auch so bequem, seine Stimme abzugeben und sich anschließend zu beschweren, dass die damit machen, was sie wollen. Man fühlt sich auch so unsagbar frei, weil man demonstrieren darf.

»Wo ist die Lernkurve?«

Dabei ist man in unserer Beobachtung in der Verwaltung oft ehrlich und hat uns genau gesagt, worum es geht. Am Wahltag gehen wir in ein Wahllokal (Lokal – eigentlich eine Örtlichkeit zur Benebelung der Sinne mittels Alkohol), dann machen wir unser Kreuz und geben unsere Stimme ab. Um diesen Vorgang richtig deutlich zu machen, werfen wir diese, unsere Stimme, in eine Wahlurne (die Urne ist ein Gefäß zur Aufbewahrung der Asche Verstorbener - siehe Duden).

» Dummheit für alle und jedem eine Stimme. Ohne dieses Prinzip wären die Hardliner der NWO niemals soweit gekommen wie sie es leider sind. «

Deswegen formulieren wir hier das Gesetz der Resonanz einmal anders:

„Wenn Dummheit und Ignoranz größer sind als der Schmerz, dann muss der Schmerz weiter steigen.“

Nun unser Rat, der sich durch den folgenden Vorschlag ergänzt:

»Holen Sie sich Ihre Stimme zurück und geben Sie diese nie wieder ab!«

Zuerst ein paar Hinweise zum Verhalten.

◆ ◆ ◆

»Allgemeine Verhaltenshinweise«

Was macht Mächtige mächtig, was macht Ohnmächtige ohnmächtig?

Aus unserer Beobachtung heraus hat dies wenig mit Geld zu tun, sondern mit Verhalten, das bestimmten Handlungen zugrunde liegt:

»Mächtige«

Proklamieren → Postulieren → Verordnen → Erlassen → Gebieten

»Ohnmächtige«

Beantragen → Befolgen → Reklamieren → Protestieren → Demonstrieren

Dementsprechend sind die Resultate, die aus den unterschiedlichen Handlungen entstehen.
Ich kann Menschen nicht dafür verantwortlich machen, dass sie Akteure sind. Wenn Sie diese Verhaltensaussagen auf Ihr Leben übertragen, können wir Ihnen nur empfehlen, künftig Ihr Verhalten dahingehend zu ändern, immer mehr die Verhaltensweise von Mächtigen anzunehmen.

◆ Der Trick des Systems besteht darin, die Umstände so zu gestalten, dass wir permanent zu ihren Erfüllungslakaien laufen und Anträge stellen.

»Als Antragsteller haben Sie per se verloren.«

Denn erstens erkennen Sie damit die Zuständigkeit des Gegenübers an und zweitens schließen Sie bewusst oder unbewusst einen Vertrag und akzeptiere deren AGBs. Sie kennen das vielleicht beim Herunterladen des neuen Adobe. Ohne den Haken geht es nicht weiter. Das ist der Haken.

»Aber wer hat den Haken gesetzt?«

Da wir ja bekanntlich das Kleingedruckte erst lesen, wenn der Schaden eingetreten ist, sind wir anschließend immer wieder im ergebnislosen Protest, Reklamation oder Demonstration.

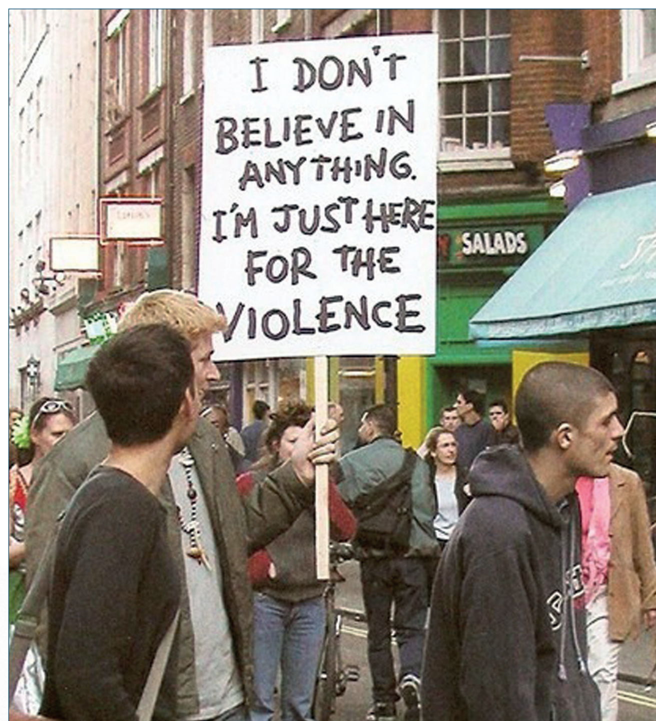
Nennen Sie bitte eine der großen Protestbewegungen in der Bundesrepublik, die positive Ergebnisse im Sinne der Protestanten und der gestellten Forderungen an die sogenannten „demokratisch legitimierten Volksvertreter" zeigten? Brockdorf – Wackersdorf – Startbahn West – die Stationierung der Mittelstreckenraketen – Stuttgart 21 – Castortransporte. Alles Fehlanzeige!
Beim letzteren sind wir beim 30. Transport. Und?

» Als ordentlicher Schuld- und Steuersklave finanziere ich auch noch den Wasserwerfer, der gegen mich gerichtet ist, denn immerhin habe ich einen Rechtsanspruch zu sehen, wie die Dinger funktionieren, selbst, wenn ich danach nichts mehr sehe. «

Dabei ist es in diesem Beispiel ganz einfach. Die Castortransporte hören dann auf, wenn wir von der Strommafia (Energiekonzerne) keinen Strom mehr kaufen. Dazu sollten wir die Mittel, die wir noch haben, für etwas einsetzen und nicht gegen etwas, z.B. für neue alternative und vor allem dezentrale Energiesysteme.

»Wenn nur 5 % der freien und bei Banken in unsinnigen Anlagen schlummernden Geldmittel der normalen durchschnittlichen Bevölkerung dort in Selbstverantwortung als Hilfe zur Selbsthilfe investiert werden würde, gäbe es das als Thema nicht mehr.«

Auch das hat ausschließlich etwas mit Verhalten zu tun, denn die Mittel sind ja da. Tun dürfen wir es selbst. Wir halten dies für ergebnisorientierter und vernünftiger, als sich auf irgendwelchen Gleisen den Hintern abzufrieren, den man dann zu Hause mit Atomstrom aufwärmen muss. Denn der kommt trotzdem, obwohl man als politisch Korrekter den teuren Ökostrom bezahlt.
Was tun Menschen nicht alles für ein gutes Gefühl?



Das ganze Geheimnis ist die Selbstverantwortung, die Selbstbestimmung und die Selbstermächtigung u.a. in Form einer Proklamation.

Das dürfen wir wieder lernen. Deswegen fangen wir hier einfach einmal damit an.
Beachten Sie bitte, die wenn - dann Kausalität des nachfolgenden Zitates:

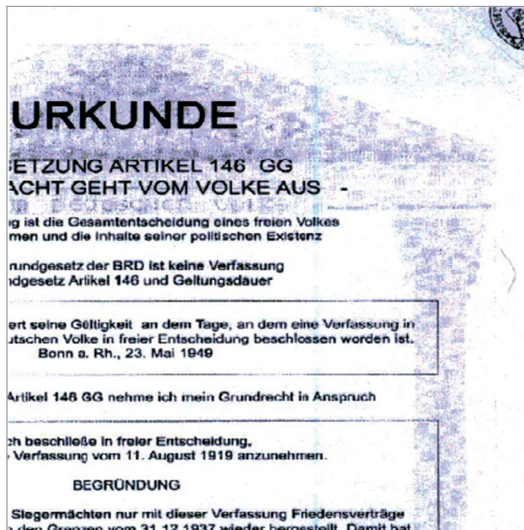
◆ *„Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen."* Friedrich Schiller

Ihr persönlicher Weg zur Rückeroberung Ihrer Freiheit, Heimat und echter Rechtsfähigkeit als natürliche Person und Mensch

Wir haben einmal von einer amerikanischen Mentaltrainerin gehört, die ganz einfach und plausibel formulierte, dass es auf dieser Welt 3 Arten von Angelegenheiten gibt:
erstens - die Angelegenheiten Gottes, zweitens die Angelegenheiten anderer und drittens die eigenen Angelegenheiten. Alles Ungemach dieser Welt entstünde dadurch, dass wir uns permanent in die Angelegenheiten anderer einmischen.

» Sie dürfen nun entscheiden, ob der Inhalt dieses Heftes Ihre Angelegenheit ist oder wird.

Urteilen Sie anschließend bitte nicht über die Entscheidungen anderer. Sie können und dürfen andere informieren, darüber diskutieren. Das ist aber auch schon alles. Entscheidend ist, was Sie tun und sonst nichts.«


URKUNDE

ETZUNG ARTIKEL 146 GG
ACHT GEHT VOM VOLKE AUS -

g ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes
men und die Inhalte seiner politischen Existenz

rundgesetz der BRD ist keine Verfassung
dgesetz Artikel 146 und Geltungsdauer

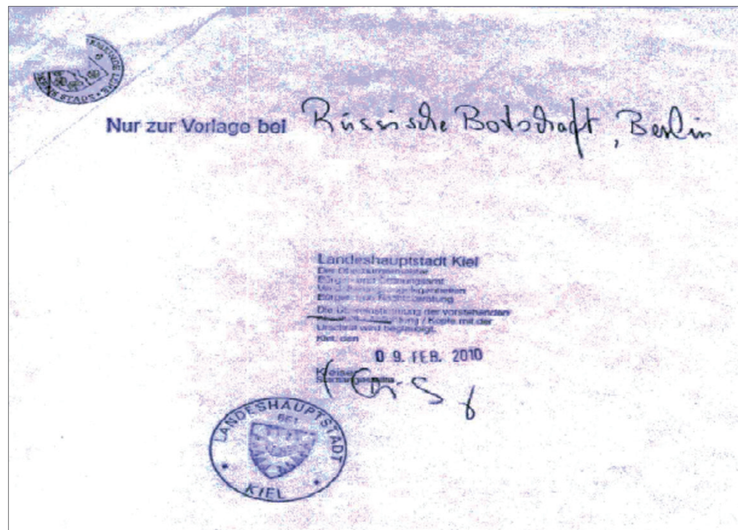
ert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in
tschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.
Bonn a. Rh., 23. Mai 1949

Artikel 146 GG nehme ich mein Grundrecht in Anspruch

h beschließe in freier Entscheidung,
Verfassung vom 11. August 1919 anzunehmen.

BEGRÜNDUNG

Siegermächten nur mit dieser Verfassung Friedensverträge
den Grenzen vom 31.12.1937 wieder hergestellt. Damit hat


Nur zur Vorlage bei Russische Botschaft, Berlin

Landeshauptstadt Kiel

09. FEB. 2010

LANDESHAUPTSTADT KIEL

<u>1. Schritt: Umseitige Urkunde ausfüllen und unter Zeugen des Meldeamtes unterschreiben.</u>

<u>2. Daten und Unterschrift auf der Rückseite bestätigen.</u>

Ordnungsamt / Meldestelle
Personendaten/Unterschrift **Beglaubigung** Stempel und Siegel
Nur zur Vorlage bei „Russische Botschaft"
Ecke oben links nach innen gefaltet siegeln

Gebührenbezeichnung	Anzahl	Einzelpreis Euro	Gesamtpreis Euro
Beglaubigung	1	2,00	2,00

◆ **Die Originalurkunde bleibt im Besitz und Eigentum des Heimatangehörigen und Unterzeichners.**

Eine beglaubigte Kopie geht bitte an GG146, Postfach 146, 24205 Preetz oder als scan an info@gg146.de als Sammlung zur Vorlage bei der russischen Militärstaatsanwaltschaft in Moskau.

»Sie können es zusätzlich selbstständig an die Botschaft der Russischen Föderation Konsularabteilung, Unter den Linden, 10117 Berlin, schicken.«

» Aktuelle Infos und weiterführende Rechtsmusterbriefe, Argumentationshilfen, Leitfäden für Protokolle finden Sie unter Seiten, die diese Aktionen unterstützen, wie www.gg146.de, www.novertis.de im download, www.vulder.com/stag, www.folksvalue.de. «
Dort gibt es zum Thema Recht weitere umfassende Verlinkungen, Videos usw.



Republik
Baden



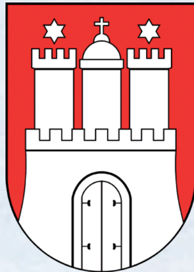
Freistaat
Bayern



Freistaat
Braunschweig



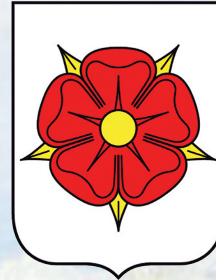
Freie Hansestadt
Bremen



Freie und Hansestadt
Hamburg



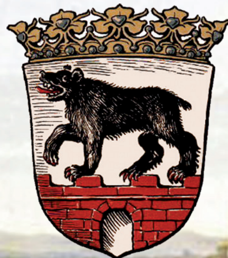
Volksstaat
Hessen



Freistaat
Lippe



Freie und Hansestadt
Lübeck



Freistaat
Anhalt



Freistaat
Waldeck

»Das hier ist Ihre Heimat, das sind die Farben und Wappen Ihrer Heimatländer:«



Freistaat
Mecklenburg-Schwerin



Freistaat
Mecklenburg-Strelitz



Freistaat
Oldenburg



Freistaat
Preußen



Freistaat
Sachsen



Freistaat
Schaumburg-Lippe

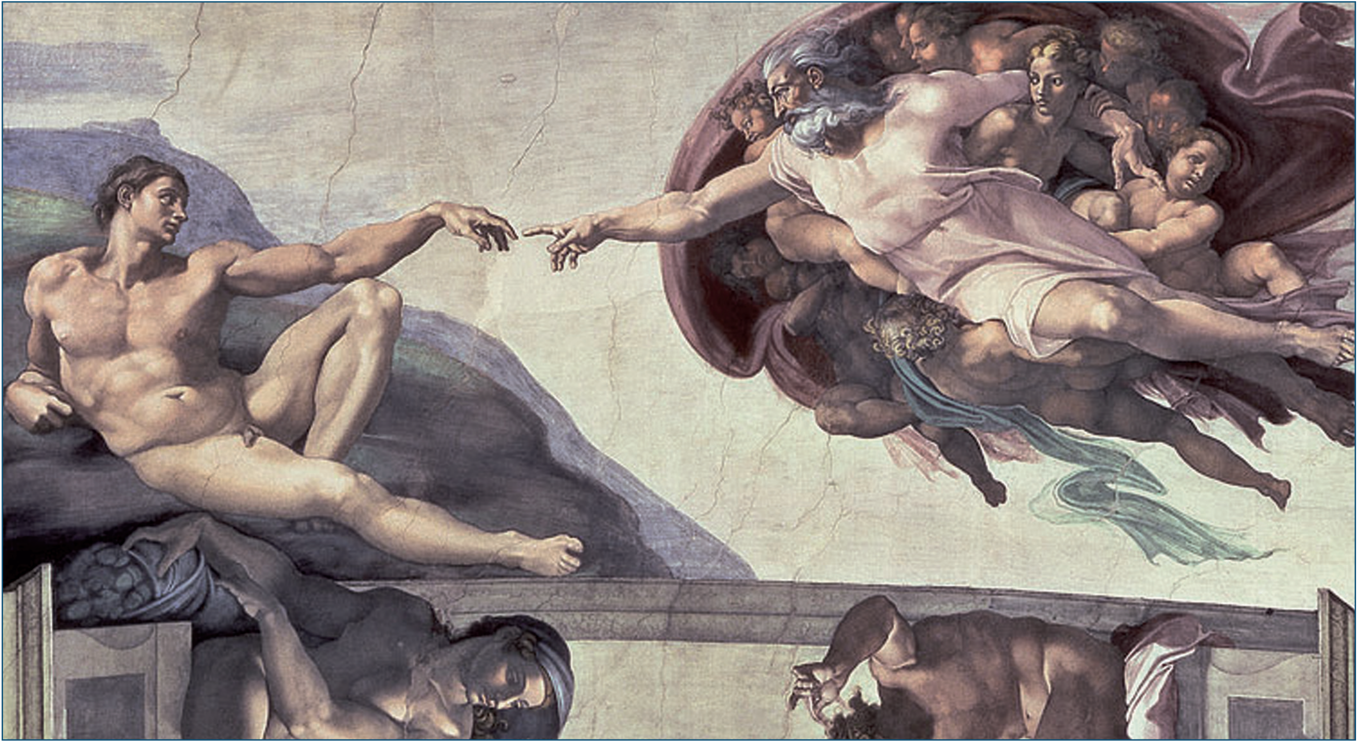


Land
Thüringen



Freier Volksstaat
Württemberg

»Gemeinsam sind wir stark, möge ein göttlicher Funke der Inspiration überspringen.«



◆ *„Menschen bilden, bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“ Aristophanes*

Informieren Sie sich weiter und vor allem unabhängig, jenseits des Mainstreams.

»Möge das Feuer so stark sein, dass Sie dadurch ins Handeln kommen. Nur Sie können es tun. Das wünschen wir Ihnen von Herzen. Denn jeder Erfolg in Ihrem Leben hat als wahre Ursache nur Sie selbst.«

Ob die Agenda der NWO gelingt oder nicht, hängt von Ihnen persönlich ab. Das Böse siegt, allein dadurch, wenn das Gute nichts tut.

»Manchmal ist es ein kleiner Stolperstein, der ein ganzes Kartenhaus in sich zusammenstürzen lässt.«

Wir sind davon überzeugt, dass die umseitige Urkunde ein solcher ist.

Die Urkunde hat als Rahmen das Eingangsportal des Reichstages, der in der Weimarer Zeit so aussah:





WELCHE SYMBOLIK SO KURZ NACH DER "WIEDERVEREINIGUNG"

URKUNDE

UMSETZUNG ARTIKEL 146 GG
- DIE MACHT GEHT VOM VOLKE AUS -

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes
über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz

Das Grundgesetz der BRD ist keine Verfassung
Grundgesetz Artikel 146 und Geltungsdauer

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.
Bonn a. Rh., 23. Mai 1949

Für die Umsetzung Artikel 146 GG nehme ich mein Grundrecht in Anspruch

Ich beschließe in freier Entscheidung,
die deutsche Verfassung vom 11. August 1919 anzunehmen.

BEGRÜNDUNG

Deutschland darf bei den Siegermächten nur mit dieser Verfassung Friedensverträge unterzeichnen und wird in den Grenzen vom 31.12.1937 wieder hergestellt. Damit hat Deutschland seine Ansprüche nach internationalem Völkerrecht nicht verwirkt.

Wenn die Friedensverträge unterzeichnet und die rechtlichen Ansprüche geklärt sind, bin ich gewillt, über eine neue Verfassung abzustimmen und sie anzunehmen.

Ausweis / Reisepass Nr.

Vorname Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Die Urkunde stärkt die Einheit und Freiheit Deutschlands, den Weltfrieden und macht uns Bürger reich. Sie bleibt mein Eigentum und dient als Nachweis.

DIE VERFASSUNG SCHÜTZT DEN BÜRGER
DER BÜRGER SCHÜTZT DIE VERFASSUNG